

**FDP**  
Die Liberalen



# SCHWEIZER FREISINN

Jungfreisinnige	5	Unter Freisinnigen	10	Altersreform	13	Abstimmungen	19/20/21/22
Nachruf alt Bundesrat Friedrich	8	Session	11	Asylpolitik	15	Jahresrückblick	23

35. Jahrgang / Erscheint sechsmal jährlich / Offizielles Organ der FDP. Die Liberalen

## Inhalt

### Thomas Hefti in den Ständerat

Die Delegierten der FDP Glarus haben Thomas Hefti, Gemeindepräsident von Glarus Süd, als Kandidat für die Nachfolge des verstorbenen Pankraz Freitag nominiert. Die anstehende Kampfwahl findet am 12. Januar statt.

Seite 9

### Beziehungen zur EU: Rote Linien

Im «Freisinn» erläutert Gabi Huber die «roten Linien» der FDP, die für zukünftige Verhandlungen mit der EU zwingend eingehalten werden müssen. Die Fraktionspräsidentin hält fest, dass der bilaterale Weg für das wirtschaftliche Erfolgsmodell Schweiz von grosser Bedeutung ist und im folgenden Jahr wichtige institutionelle Fragen geklärt werden müssen.

Seiten 16 und 17

### Nein zur Abschottungsinitiative

Am 9. Februar stimmen wir über die Abschottungsinitiative der SVP ab. Mit dieser gefährlichen Initiative wird die Personenfreizügigkeit angegriffen und damit die bilateralen Verträge in Frage gestellt. Die FDP sagt einmal mehr Nein zu einer aussenpolitischen Abschottung der Schweiz.

Seite 20

## FDP schärft ökologisches Profil

Bisher war die Energiepolitik der FDP von der Versorgungssicherheit und möglichst freiem Markt geprägt. Auch in Zukunft sollen diese liberalen Grundsätze nicht verletzt werden. Die neue Energiepolitik berücksichtigt zudem ökologische Bedürfnisse vermehrt.

Unter grossen medialen Echo hat Philipp Müller die neue Energiepolitik der FDP. Die Liberalen vorgestellt. Die Effizienzmassnahmen der Energiestrategie 2050 des Bundesrates sollen schneller als vorgeschlagen umgesetzt werden. Das Energiepaket muss überarbeitet und dem Volk zur Abstimmung vorgelegt werden.

### Nachhaltigkeit als Bedürfnis

Philipp Müller stellt klar: Ein klares ökologisches Profil ist für die FDP wichtig. Nachhaltigkeit ist für die Lebensqualität zukünftiger Generationen entscheidend. Eine ökologische Steuerreform wird unter gewissen Bedingungen unterstützt, dafür müssen die Subventionen parallel abgebaut werden. Der Bau neuer Atomkraftwerke ist heute politisch und wirtschaftlich nicht mehr tragbar. AKWs der heutigen Generation sollen nicht mehr gebaut werden. Ein Technologieverbot wird aber weiterhin klar abgelehnt.



Bessere Energieeffizienz ist der Schlüssel der Reform. Wer verbindliche Energieeffizienzstandards einhält, ist steuerlich zu entlasten.

Zürich

# Für ein liberales Zürich!

**Filippo Leutenegger,**  
Kandidat Stadtpräsidium  
und Stadtrat Zürich

Zürich ist eine wunderbare Stadt mit einer grossartigen Lebensqualität. Doch leider lebt die Stadt unter der rot-grünen Ägide trotz Rekordeinnahmen weit über ihren Verhältnissen. Ohne markante Änderungen drohen uns massive Defizite und Steuererhöhungen. Dies möchte ich mit aller Kraft vermeiden und kandidiere deshalb am 9. Februar für das Zürcher Stadtpräsidium und als Stadtrat.

## Gezielt investieren statt verschwenden

Auch im linken Zürich kann jeder Steuerfranken nur einmal ausgegeben

werden. Die Stadtverwaltung ist weder Warenhaus noch Boutique für alle persönlichen Wünsche. Daher muss der Leistungskatalog bezüglich Qualität und Umfang dringend überprüft und gestrafft werden, damit er mittelfristig mit bestehenden Steuersätzen finanzierbar ist. Dazu gehört auch die Privatisierung von Ausgaben, die nicht zu staatlichen Aufgaben gehören, etwa die Kulturförderung.

## Kinder bilden statt (ver-)therapieren

Die Hälfte aller Schulkinder erhält heute im Verlaufe der Schulzeit sonderpädagogische Förderung. Kostenpunkt: 120 Millionen Steuerfranken. Es braucht wieder Augenmass: Erziehungsaufgaben müssen wieder ver-

mehrt von den Eltern wahrgenommen und nicht an den Staat delegiert werden. Der enorme Ressourceneinsatz in der Sonderpädagogik führt dazu, dass die Mittel für die normale Lehrtätigkeit zunehmend fehlen. Statt ineffizienten Strukturen in der Betreuung benötigt Zürich geeignete Halbtageschulen.

## Intelligente Mobilität statt Klassenkampf

Besonders sichtbar ist die verfehlte Politik der Linken auch im städtischen Verkehr. Anstelle einer ideologisierten Verkehrspolitik braucht es eine pragmatische Förderung von Velo und Fussgängern, ohne jedoch den Individualverkehr mit Schikanen und teuren Lösungen (z. B. Kapp-Haltestellen) zu



Nationalrat Filippo Leutenegger kandidiert für das Zürcher Stadtpräsidium und als Stadtrat.

verteufeln. Ein optimaler Verkehrsmix für Anwohner, Unternehmen und Arbeitskräfte kann nur entstehen, wenn die verschiedenen Verkehrsformen entflochten und nicht weiter gegeneinander ausgespielt werden.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung – meh Blau für Züri!

Zug

# Mit grossem Erfolg an der Zuger Messe

**Ulrich Bollmann,**  
Leiter Wahlkampfgruppe

Im Hinblick auf die kantonalen und gemeindlichen Erneuerungswahlen vom Herbst 2014 hat die Kantonalpartei beschlossen, im Sinne einer Vorkampagne bereits an der Zuger Messe vom 19. bis 27. Oktober dieses Jahres mit einem Stand Flagge zu zeigen. Alle Sektionen verpflichteten sich, allein oder zusammen mit einer Partnersektion während eines Tages den Stand zu betreuen. Im Zentrum stand die Unterschriftensammlung für die Petition Bildungsoffensive mit den Themen Abbau der Schulbürokratie, Fokussierung auf die Kernfächer und Förderung des dualen Bildungssystems. Es zeigte sich, dass damit ganz offensichtlich eine Problematik aufgegriffen wurde, welche die Öffentlichkeit in hohem Masse interessiert und unterstützt. Während der zehn Tage konnten über 1700 Unterschriften gesammelt werden. Etwas anspruchsvoller gestaltete sich die paral-



Die Jungfreisinnigen Zug legten sich an «ihrem» Messtag besonders ins Zeug. Sie sammelten über 280 Unterschriften für die von der Kantonalpartei lancierte Petition «Bildungsoffensive» und erzielten so den Tagesrekord.

lele Unterschriftensammlung für die Initiative «Schutz der Privatsphäre». Immerhin konnten auch für dieses Anliegen rund 270 Unterschriften zusammengebracht werden.

Die Zuger Freisinnigen haben mit dieser Messebeteiligung Neuland beschritten. Es fehlte anfänglich nicht an

einer gewissen Skepsis, ob eine durchgehende Standbetreuung während neun Tagen auch tatsächlich sichergestellt werden könnte. Schliesslich erklärten sich aber über 70 Parteiangehörige bereit, diese Aufgabe während je einiger Stunden zu übernehmen. Selbstverständlich liessen es sich auch

Ständerat Joachim Eder, Nationalrat Bruno Pezzatti, die Regierungsräte Matthias Michel und Urs Hürlimann sowie zahlreiche Kantonsrätinnen und Kantonsräte nicht nehmen, ihre Aufmerksamkeit zu machen und sich den Fragen und Bemerkungen des breiten Publikums zu stellen.

100-Jahr-Jubiläum der FDP Rüti

# Ein Fest für den liberalen Widerstand

*FDP.Die Liberalen Rüti* feierte am 15. November ihr 100-jähriges Bestehen. Dieses Jubiläum wurde in würdigem Rahmen gebührend gefeiert.

Die Historie besagt: Am Samstag, 29. November 1913, fanden sich abends um 20.00 Uhr im Restaurant Löwen in Rüti rund 20 Männer – von 101 Männern, welche durch Unterschrift der Partei beitraten – ein, um die konstituierende Versammlung der FDP-Sektion Rüti abzuhalten. Die im gleichen Jahr gegründete Bezirkspartei hatte damals einen Mandatsträger nach Rüti entsandt, um wider «dem sich stetig ausweitenden Bolschewismus und Kommunismus» eine liberale Partei zu gründen.

## Andere Parteien feiern mit

Die Festlichkeiten im grossen Saal des Amtshauses Rüti fanden in einer feierlichen, aber durchaus lockeren und unverkrampften Atmosphäre statt, in welcher sich nicht nur gereifte Persön-

lichkeiten, sondern auch der Nachwuchs wohl fühlten. Für die musikalische Umrahmung sorgte ein Quartett des Bläserorchesters Helvetia Rüti-Tann.

Als Prolog wartete ein Apéro riche auf die Festgemeinde, zu welchem sich nach und nach auch kantonale und nationale Würdenträger gesellten. Mit einer kurzen Ansprache eröffnete Ortsparteipräsident Pascal Becher die Feierlichkeiten und freute sich, nebst freisinnigen Würdenträgern auch Vertreter aus Behörden und anderen Parteien begrüßen zu dürfen.

Während sich Beat Walti, Präsident der Zürcher Kantonalpartei, sehr erfreut zeigte, ein erstes Mal an einer 100-Jahr-Geburtstagsfeier teilnehmen zu können, überraschte Kantonsrat Jörg Kündig mit detaillierten Kenntnissen über die lokalen Verhältnisse.



Kantonalpräsident Beat Walti begrüsst die Rütner Festgesellschaft im Amtshaus Rüti.



Nationalrat Ruedi Noser, Vizepräsident FDP Rüti Marcel Wer-muth, Kantonalpräsident Beat Walti.



Ortsparteipräsident Becher im Gespräch mit Rütner Freisinnigen.



Kantonsrat Jörg Kündig mit Ortsparteipräsident Pascal Becher.



Nationalrat Ruedi Noser, Kantonsrat Jörg Kündig.

100 Jahre sind ja kein Pappenstiel – so gab es also viele Erinnerungen aus einer langen Zeitperiode zu erzählen. Zahlreiche lokale FDP-Exponenten, darunter etwa der einstige Gemeindepräsident Konrad Lienhard sowie ehemalige und aktuelle Behördenmitglieder, liessen es sich nicht nehmen, einige gesellige Stunden im Festsaal zu verbringen und die eine oder andere Anekdote aufzufrischen.

## FDP Rüti geht nicht in Rente

Nach dem ausgiebigen Nachessen gratulierte Nationalrat Ruedi Noser der Partei dazu, noch immer eine aktive Rolle zu spielen, «obwohl man im Alter von 100 bereits seit 35 Jahren in Rente sein könnte». Der Wetziker skizzierte seine Überzeugung darüber, dass liberale Widerstandskämpfer nötig seien, um Gegensteuer zu einigen bevorstehenden Volksabstimmungen zu geben.

Kurz vor Mitternacht endete der sehr gelungene Abend, der allen Teilnehmenden sicherlich noch lange in guter Erinnerung bleiben wird.

Generalversammlung

# FDP Service Public mehr in die Medien!

An der Generalversammlung der FDP Service Public wurde die Geschäftsleitung in ihrer bisherigen Zusammensetzung bestätigt. Die Vereinigung der Bundesangestellten blickt auf ein interessantes und intensives Jahr zurück. Präsidiales Ziel für 2014: Mehr Medienpräsenz.



Präsident Beat Schlatter hatte an der Generalversammlung allen Grund, positiv zurück und optimistisch voraus zu blicken.



Im Politforum Käfigturm verfolgten die Mitglieder der FDP Service Public die Jahresversammlung.

## Beat Schlatter, Präsident

Am 7. November 2013 führte die FDP Service Public ihre ordentliche Generalversammlung durch. Der Anlass wurde von knapp 30 Mitgliedern besucht und darf als Erfolg verbucht werden. Im Amt bestätigt wurden Guido Freiburhaus als Chef Anlässe, Kurt Hess als Beisitzer und Michelle Nyfeler als Beisitzerin. Ebenso wurde unser Kassier Michael Ostertag zum eidgenössischen Delegierten gewählt.

Wir dürfen auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr und ein ebensolches Jahresprogramm mit hochkarätigen Referenten zurückblicken.

## Veranstaltungen 2013

› Den ersten Anlass in diesem Jahr führten wir am 6. Februar im Naturhistorischen Museum in Bern durch. Der Berner Regierungsrat, Polizeidirektor und KKJPD-Präsident Hans-Jürg Käser, brachte uns in sehr spannender Art die Arbeit eines kantonalen Polizeidirektors näher. Im Besonderen ist es schon komisch-tragisch, was man bei der Begleitung einer Polizeistreife während einer Nacht alles erlebt.

› Am Fraktionsapéro vom 12. März 2013 hatten wir Urs Appenzeller, Rüstungschef und Direktor der Armatisuisse, als überzeugenden Referenten zu Gast. Zum Thema «Rüstungsbeschaffung gestern und heute» erschien eine grosse Mitgliederzahl, was zeigte, welche interessanten Gäste wir hier an unserer Veranstaltung begrüßen durften.

› Zum dritten Anlass des Jahres am 8. Mai war der Parteipräsident der FDP, Philipp Müller, unser Gast. Er legte uns dar, wie die FDP-Bundeshausfraktion auf politische Kurzfristigkeiten reagiert, wie speziell ein Parlamentsbetrieb manchmal sein kann und auch, welches seine Absichten und Ziele als nationaler Parteipräsident sind.

› Am 14. August 2013 hatten wir die Ehre, Bundesrat Johann Schneider-Ammann bei uns begrüßen zu dürfen. Lange hat es gedauert, bis der Termin endlich feststand. Dafür entschädigte uns Herr Schneider-Ammann mit einem absolut spannenden Abend, in welchem er uns nicht nur die schweizerische Wirtschaftspolitik, sondern auch die politischen Feinheiten unseres Landes im Allgemei-

nen in einer humorvollen Art näherbrachte. Der hohe Mitgliederaufmarsch spiegelte das Interesse an einem Vortrag eines Regierungsmitgliedes wieder.

## Gute Vertretung in Gremien

In meinem bereits dritten offiziellen Amtsjahr lag mir viel daran, die sehr guten Beziehungen zur FDP Schweiz weiter zu vertiefen und unserer Vereinigung das Gesicht und Gewicht in der nationalen Partei zu geben, welches sie aus meiner Sicht verdient.

Der im vergangenen Jahresbericht angesprochene Stolz, einen Sitz im Vorstand der FDP Schweiz erhalten zu haben, setzte natürlich voraus, diese Ehre auch würdig umzusetzen. So dürfen wir von uns behaupten, dass wir, bis auf zwei oder drei, alle Vorstandssitzungen besuchten und uns und unsere Vorstellungen einer liberalen und schlanken Bundesverwaltung nachhaltig in diesem Gremium einbringen konnten. Im Weiteren waren wir an den meisten Präsidentenkonferenzen der FDP Schweiz vertreten und jedes Mal, wenn auch mit einer Mini-Delegation, an den Schweizerischen Delegiertenversammlungen präsent.

Mit besonderer Freude verweise ich als Präsident darauf, dass wir im Spätherbst des vergangenen Jahres in meiner Wohngemeinde Thun für eine Delegiertenversammlung verantwortlich zeichnen durften. Ein absolut gelungener und von allen Seiten her sehr gut organisierter Anlass; leider wurde im Gesamtrahmen die Organisation dieses Anlasses nicht besonders gewürdigt.

## Ausblick

› Weiterhin wird die Bekanntmachung unserer Vereinigung ein zentrales Thema sein. Dies hauptsächlich in der Bundesverwaltung, aber auch in den Kantonen und Gemeinden. Ich stelle in persönlichen Gesprächen immer wieder fest, dass nicht alle Bundesangestellten, welche in einer Ortspartei der FDP Mitglied sind, unsere Vereinigung kennen. Die Behebung dieses «Missstandes» muss das Schwergewicht der kommenden Jahre sein. Dazu braucht es unser aller Engagement: dasjenige der Mitglieder, welche bei jeder Gelegenheit auf die FDP.Die Liberalen Service Public aufmerksam machen, und das des Vorstandes, welcher geschlossen an möglichst vielen Veranstaltungen aufzutreten hat.

› Mein ganz persönliches Schwergewicht als Präsident für das kommende Jahr wird es sein, dass wir vermehrt in der Presselandschaft erscheinen. Konkret wird es darum gehen, aktiv den Kontakt mit entsprechenden Pressevertretern herzustellen und diesen unsere Idee näher zu bringen.

Interessiert? Rufen Sie Beat H. Schlatter an (079 582 39 20), oder finden Sie unter [www.fdp-servicepublic.ch](http://www.fdp-servicepublic.ch) das entsprechende Anmeldeformular.

Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen

# Bedingungslos wider das Grundeinkommen

Die Volksinitiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen verlangt ein Einkommen pro Monat für alle, das der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht, egal, ob man dafür etwas leistet oder nicht. Die Jungfreisinnigen lehnen diese Initiative aus guten Gründen ab.

**Claudio Bruderer,**  
Kantonalpräsident Jungfreisinnige Appenzell Ausserrhoden

Ganze Fuhrladungen an Fünfräplern wurden vor einigen Wochen zu einem Platz in einer Schweizer Stadt gekarrt und aufgeschüttet. Passanten dürften über den Grund dieser Aktion gerätselt haben, ist doch das öffentliche Zurschaustellen von Geld und Reichtum in der Schweiz nicht gerade üblich. War dies eine Hommage an Dageobert Duck, eine Kunstinstallation oder vielleicht eine Werbeaktion eines Unternehmens? Nun, es war nicht irgendein Platz in einer beliebigen Schweizer Stadt, sondern der Bundesplatz in Bern. Aha, eine politische Interessengruppe wollte also auf sich aufmerksam machen! Als Organisatorin trat das Initiativkomitee der Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen» auf. Im Rahmen der Einreichung sollte mittels dieser unüblichen Aktion Aufmerksamkeit für das Anliegen erzeugt werden.

## Absichten sind rätselhaft

Doch was wollten die Initianten mit dieser Aktion genau aussagen? Dass wir wegen angeblichen Überflusses unser Geld auf die Strasse werfen können? Vielleicht auch, dass genügend Geld immer vorhanden sein wird – notfalls wird einfach mehr gedruckt –, die Bevölkerung sich deshalb nicht sorgen und das Bad darin geniessen sollte? Oder gar, dass unser Geld mittlerweile als so wertlos wahrgenommen wird, dass der häusliche Umgang damit keine Rolle mehr spielt? Über die Absichten des Komitees lässt sich tatsächlich nur rätseln.

## Linkes Wunschdenken

Die Initianten versprechen sich von

ihrem Volksbegehren eine Befreiung des Menschen aus den Fängen der Wirtschaft. Damit soll die Selbstverwirklichung eines jeden und das Streben nach individuellem Glück ermöglicht werden. Bestehende Sozialwerke könnten gemäss Initianten aufgelöst werden, wovon im Initiativtext allerdings keine Rede ist.

Dieses Begehren mutet teilweise sympathisch an und regt zum Denken an. Bei Annahme bestünde endlich die Gelegenheit, den Schweizer Sozialstaat von Grund auf neu zu gestalten. Eine optimale Gelegenheit, uns auf die radikalen Wurzeln der *FDP. Die Liberalen* zu besinnen.

Zudem liesse sich dies, zumindest auf den ersten Blick, mit einem der Ziele der Partei, dem konsequenten Abbau der Bürokratie, optimal vereinbaren. Aus vielen einzelnen Kassen

wird eine, komplizierte Verteilungssysteme wären überflüssig.

## Initiative ist sehr gefährlich

Nun ist die Initiative in der Tat aber höchst problematisch. Liberale Personen wie beispielsweise der Publizist Beat Kappeler oder der Ökonomeprofessor Reiner Eichenberger warnen vor massiven zusätzlichen Kosten durch die Umsetzung der Initiative. Steuererhöhungen dürften trotz allen Einsparungen durch die Vereinfachung die Folge sein. Aufgrund des verteilten Grundeinkommens mittels Giesskannenprinzip, welches auch völlig Unbedürftigen zugutekommen würde, sind höhere Abgaben notwendig.

Es stellt sich aber auch die Frage, ob ein solches System überhaupt wünschenswert ist. Das grundlegende Problem ist, dass massive Fehlanreize

geschaffen würden. Nun lässt sich darüber streiten, ob die vorgeschlagenen 2500 Franken pro Monat Leute tatsächlich davon abhalten würden, einer Arbeit oder Berufsausbildung nachzugehen. Sicherlich aber wird sich mehr Leistung weniger lohnen. Eine «Befreiung» stellt zudem die Überführung in die Staatsabhängigkeit bestimmt nicht dar. Das Ziel sollte lauten, den Staat aus dem Privatleben herauszuhalten und nicht, ihn einzuladen.

Einmal mehr ist die Schweiz mit einer linken Volksinitiative konfrontiert, die das Erfolgsmodell Schweiz gefährdet. Da das Begehren vom Parlament kaum aufgenommen wird, wird das Schweizer Stimmvolk an der Urne dazu Stellung beziehen können. Nur ein klares, liberales Nein kommt in Frage.



Das Ausschütten von 8 Millionen Fünfräplern sorgte auf dem Bundesplatz für grosses Aufsehen.

Abschottungsinitiative

# Personenfreizügigkeit ist keine Einbahnstrasse

Es profitieren nicht nur EU-Bürger von der Personenfreizügigkeit: Sie ermöglicht es 442'400 Schweizerinnen und Schweizern, in Europa zu wohnen, arbeiten und studieren. Die Personenfreizügigkeit ist somit ein Türöffner. Die Abschottungsinitiative der SVP führt in die Sackgasse.

**François Baur,**  
Präsident *FDP.Die Liberalen International*

Um in der sehr emotional geführten Diskussion um die SVP-Masseninitiative abschätzen zu können, welche

Auswirkungen ein Ja auf die Schweiz und ihre Bürger hätte, lohnt sich ein Blick auf die Faktenlage.

Die internationale Mobilität unserer Bürger hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Lebten im Jahre 2008 mehr als 676 000 Schweizerin-

nen und Schweizer im Ausland, waren es 2012 bereits 716 000. Damit lebten 2012 fast 11 Prozent aller Personen mit einem roten Pass im Ausland. In vier Jahren hat die Gemeinde der Auslandschweizer um fast 40 000 Personen oder 5,8 Prozent zugenommen. Die meisten, nämlich 62 Prozent oder 442 400, leben in Europa, genauer gesagt in den vier grossen Wirtschaften der EU: Frankreich, Deutschland, Italien und Grossbritannien.

## Zunahme der Schweizer Bevölkerung in der EU

Die in der EU ansässigen Schweizer profitieren heute von der Personenfreizügigkeit, indem sie wie EU-Bürger behandelt werden und in der gesamten EU arbeiten und leben können. Würde die Schweiz am 9. Februar 2014 die Masseneinwanderungsinitiative der SVP annehmen, wäre es mit der Personenfreizügigkeit zwischen der EU und der Schweiz vorbei. Schweizerinnen und Schweizer ohne eine EU-Doppelbürgerschaft würden vom Arbeitsmarkt ihres Gastlandes ausgeschlossen. Einige müssten sich eine Rückwanderung in die Schweiz überlegen.

## Nur-Schweizerbürger besonders betroffen

Die Befürworter der Initiative argumentieren, dass der grösste Teil der in der EU ansässigen Schweizerinnen und Schweizer Doppelbürger und damit von der Kündigung des Personenfreizügigkeitsabkommens (FZA) nicht betroffen seien. Tatsächlich waren 2012 etwas mehr als 343 000 oder 77,5 Prozent der in den EU-Staaten ansässigen Personen mit Schweizer Pass Doppelbürger. Man könnte also meinen, dass die Auswirkungen nicht gra-



François Baur, Präsident *FDP.Die Liberalen International*.

vierend seien. In dieser Diskussion darf jedoch nicht unterschlagen werden, dass die SVP 2004 eine Volksinitiative lancieren wollte, welche das Doppelbürgerrecht in der Schweiz verboten hätte. Es mutet geradezu zynisch an, dass dieselben Kreise, welche die Doppelbürgerschaft abschaffen wollten, diese nun heranziehen, um die Auswirkungen der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative auf die fünfte Schweiz herunterzuspielen.

Aber auch bei dieser Diskussion lohnt es sich, die langfristige Entwicklung genauer zu betrachten: Im Gegensatz zu den Doppelbürgern ist die Zahl der Personen im Ausland, die nur über das Schweizer Bürgerrecht verfügen, in den letzten zehn Jahren doppelt so stark gewachsen, nämlich um mehr als 10 Prozent. Hinzu kommt, dass der Erwerb des Bürgerrechts eines EU-Mitgliedstaates oft den Verlust des Schweizer Bürgerrechts nach sich zieht. In erster Linie wären vom Ver-



Viele Auslandschweizer in der EU leben in unseren direkten Nachbarländern.

lust des FZA also die Schweizerinnen und Schweizer im Ausland ohne Doppelbürgerrecht betroffen.

### Einschränkung der Mobilität von Schweizern in der EU

Viele Schweizerinnen und Schweizer wollen sich aber nicht dauerhaft in einem EU-Land niederlassen und haben damit weder Veranlassung noch den Wunsch, ihr Bürgerrecht zu wechseln. Die Initianten der Masseneinwanderungsinitiative verkennen, dass sich die Wanderungsgewohnheiten, insbesondere von Schweizerinnen und Schweizern in Europa, stark geändert haben. Ziel ist nicht mehr die definitive Auswanderung, sondern eine vorübergehende Ausreise zwecks Studium oder Annahme einer interessanten und lukrativen Arbeit für eine befristete Zeit. Schweizer Firmen können quali-

fizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in eine europäische Filiale entsenden. Schweizerinnen und Schweizer können mit den in der EU gemachten Erfahrungen nach ein paar Jahren zurück in die Schweiz kommen und ihr im Ausland erworbenes Wissen für die Schweizer Wirtschaft gewinnbringend einsetzen. Aber gerade diese befristeten Auslandsaufenthalte, welche das FZA ermöglicht, würden durch die Masseneinwanderungsinitiative verunmöglicht.

Was viele nicht wissen: Verbunden mit dem FZA wurde zwischen den EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz auch die Anrechenbarkeit der Sozialversicherungsbeiträge möglich. Schweizerinnen und Schweizer, die für eine befristete Zeit in einem EU-Land leben, werden durch die nationalen Sozialversicherungssysteme

ihres Gastlandes versichert und haben gegenüber diesem einen anteilmässigen Rentenanspruch.

Erst dieses System erlaubt es vielen, einen längeren Auslandsaufenthalt zur beruflichen Weiterentwicklung überhaupt in Erwägung zu ziehen. Der Verlust des FZA würde auch die Teilnahme an den europäischen Sozialversicherungssystemen in Frage stellen.

### Auswirkungen auf die Zusammenarbeit in Forschung und Bildung

Aufgrund der Guillotine-Klausel würde die Kündigung des FZA auch zum Ausschluss der Schweiz aus dem europäischen Rahmenforschungsprogramm führen. Schweizer Forschungsinstitute, die sich bislang äusserst erfolgreich an den Forschungsprogrammen der EU beteiligt haben und damit zur Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz beitragen, wären vom grössten Forschungsinstrument der Welt ausgeschlossen. Viel schwerer als

der finanzielle Ausfall wäre der Verlust des wissenschaftlichen Austausches für den Forschungsplatz Schweiz und die darauf aufbauende innovative Industrie. Die Konsequenz wäre eine Auslagerung derjenigen Forschung aus der Schweiz, die auf Zusammenarbeit mit ausländischen Institutionen angewiesen ist.

Dasselbe Szenario in der Bildung. Die Teilnahme von Schweizer Studentinnen und Studenten an europäischen Bildungs- und Austauschprogrammen würde erschwert. Dies würde die Qualität ihrer Ausbildung nachhaltig beeinträchtigen.

Und hier zeigt sich die eigentliche Gefahr der von den Gegnern zu Recht als Abschottungsinitiative bezeichneten SVP-Vorlage: Sie führt zur Einschränkung der Mobilität vor allem der Schweizerinnen und Schweizer im nahen EU-Ausland.

Weitere Fakten zur Zuwanderungspolitik finden sich unter: [www.bilaterale.ch](http://www.bilaterale.ch)



Nachruf Bundesrat Rudolf Friedrich

# Pflicht mit Herz

Mit grosser Trauer hat die FDP vom Tod von alt Bundesrats Rudolf Heinrich Friedrich Kenntnis genommen. Nationalrat Markus Hutter nimmt im «Freisinn» Abschied von einem grossen Staatsmann.

Wenn ich an alt Bundesrat Rudolf Friedrich denke, kommen mir drei Stichworte spontan in den Sinn: Klarheit, Offenheit und Bescheidenheit.

## Erstens: Klarheit

Ruedi Friedrichs Karten und Briefe, genauso wie alle seine Publikationen und mündlichen Ausführungen, sind von einer ungewöhnlichen und direkten Klarheit der Sprache geprägt: In wenigen Worten, in einem kurzen Satz oder in einem konzentrierten Abschnitt brachte er sein bis zum Lebensende ungebrochenes politisches Engagement auf den Punkt. Ruedi Friedrich hat sich in einer höchst gepflegten Sprache, meistens in Schriftsprache, ausgedrückt, und inhaltlich hat er dem Adressaten trotz aller Klarheit und Schärfe immer den vollen Respekt gezollt. Ruedi Friedrich hat Klartext gesprochen, ohne zu beschuldigen. Die eigene Meinung hat er stets glasklar zum Ausdruck gebracht, prägnant, eigenständig und kritisch, aber nie bitter, polemisch und schon gar nie verletzend. Er wusste zu differenzieren, wie es nur wenige können, er akzeptierte auch andere Meinungen und wollte, dass seine Empfehlungen und Überlegungen gewertet wurden. Die Empfänger sollten zu eigenen Schlussfolgerungen gelangen. Ruedi Friedrich hat mit eigenständigen, guten Argumenten überzeugt, aber nie überredet. Wie exotische Zeugnisse aus einer alten Zeit erscheinen seine mit Schreibmaschine getippten Dokumente. Sie zeichnen sich paradoxerweise durch mutigen Inhalt und tiefe Substanz als Zeitzeugen von seltener Modernität aus.

## Zweitens: Offenheit

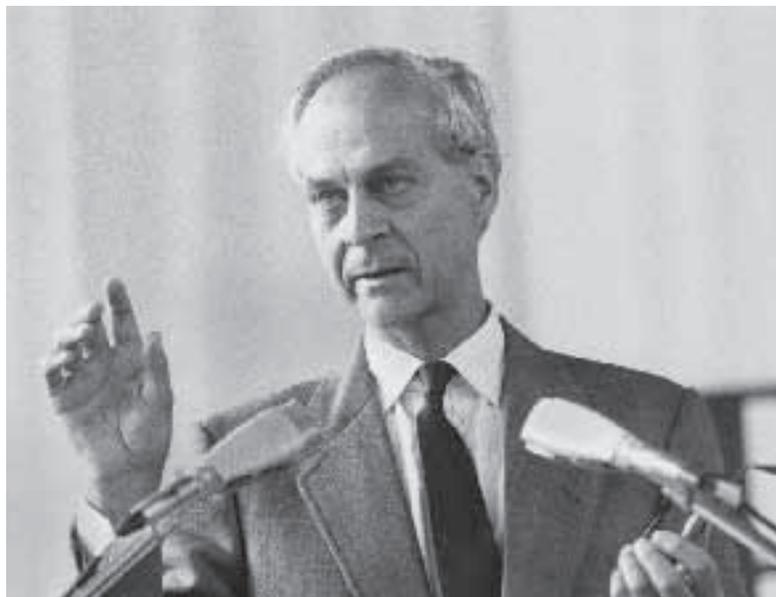
Wer Ruedi Friedrich nahe stand, weiss um seine grenzenlose Offenheit, nicht nur als Maxime einer modernen, erfolgreichen Schweiz, sondern auch gegenüber jedem und jeder einzelnen



Mit Ruedi Friedrich verlieren wir eine grosse Persönlichkeit, einen liebenswerten, warmherzigen Menschen, einen «elder statesman».

Person. Das Interesse am anderen, am Unbekannten, ja allenfalls auch am Andersdenkenden zeigte sich allein schon in seiner bewundernswerten Gabe, anderen aufmerksam zuzuhören. Ruedi Friedrich hat Menschen vertraut, ohne Vorbehalte – und sein Vertrauen ging weit über den oder die Einzelnen hinaus. Es umfasste auch

Gemeinschaften wie die UNO, den EWR oder die EU. So erstaunt es wenig, dass Ruedi Friedrich als einer der ersten, vor allem aber konsequentesten und mutigsten Vertreter einer politischen Öffnung der Schweiz gelten wird. Sein Engagement galt immer, über alle Parteigrenzen, Partikularinteressen und regionalen Begehrlich-



Ruedi Friedrich hat Klartext gesprochen, ohne zu beschuldigen.

keiten hinaus, dem Wohl der Schweiz als Ganzes und gerade deshalb einer offenen, weltverbundenen Schweiz.

Wer Ruedi Friedrich näher kannte, weiss auch um seine Grosszügigkeit. Unzählige Menschen, Organisationen, Vereine und Institutionen hat er anonym und ohne grosse bürokratische Vorabklärungen unterstützt – eben aus tiefem und vollem Vertrauen. Ruedi Friedrich hat geholfen, wann immer es nötig war – und das in einem Ausmass, das sich Aussenstehende kaum vorstellen können. Seine Milde, seine soziale Ader und seine bedingungslose Grosszügigkeit sind Ausdruck und Beleg seines Glaubens an das Gute im Menschen. Er glaubte an die humanistischen Werte von Vernunft und Lernfähigkeit und setzte sich gegen Vorurteile und Feindbilder aller Art zur Wehr.

## Drittens: Bescheidenheit

Ruedi Friedrich ist sich selbst treu geblieben. Immer und ohne Einschränkung. Sich selbst, seinen Freunden, seiner Partei wie auch seiner Heimatstadt. Weder ist er an irgendeine verlockende Goldküste gezogen, noch hat er seine langjährigen Freunde vernachlässigt, als sein Ruhm stieg. Von seiner politischen Partei hat er sich nie abgewendet, auch wenn diese anders handelte, als er es gewünscht hätte. Auf Ruedi Friedrich konnte man sich vollumfänglich verlassen!

Wir verlieren mit Ruedi Friedrich eine grosse Persönlichkeit, einen liebenswerten, warmherzigen Menschen, einen aussergewöhnlichen Schweizer Staatsmann, einen treuen Freund und einen wahrhaft grossen Liberalen.

Wir alle, unabhängig von unserer Einstellung und politischen Haltung, verdanken Ruedi Friedrich unschätzbar viel.

**Markus Hutter**

Ständeratswahlen Glarus

# Gemeindepräsident Thomas Hefti will für Glarus in den Ständerat

Im Januar entscheiden die Glarnerinnen und Glarner über die Nachfolge des überraschend verstorbenen FDP-Ständerats Pankraz Freitag. Dem «Friisinn» erzählt der freisinnige Ständeratskandidat Thomas Hefti, was ihn motiviert, sein Amt als Gemeindepräsident von Glarus Süd aufzugeben und in die Fusstapfen von Pankraz Freitag zu treten.

*Thomas Hefti, Sie treten am 12. Januar 2014 zu den Ständeratsersatzwahlen im Kanton Glarus an. Was hat Sie zu dieser Kandidatur motiviert?*

Zahlreiche Reaktionen aus meinem Umfeld. Es würde mich freuen, als Glarner Ständesvertreter auf Bundesebene mitzugestalten, bei der Gesetzgebung mitzuwirken und die Sicht eines kleineren ländlichen Kantons einzubringen.

*Bereits Ihr Vater Peter Hefti amte von 1968 bis 1990 als Ständerat. War für Sie dieses Amt schon immer erstrebenswertes Ziel?*

Als er Ständerat wurde, war ich in der 3. Primarklasse und wusste nicht recht, was dieses Amt war. Als ich in Neuchâtel Jus zu studieren begann, dachte ich, es sei eine faszinierende Aufgabe, aber schon immer geplant war diese Kandidatur überhaupt nicht.

*Ihr Mitbewerber um das Amt des Ständerats ist BDP-Parteipräsident und Nationalrat Martin Landolt. Ist es ein Vor- oder ein Nachteil, gegen einen amtierenden und bekannten Bundesparlamentarier anzutreten?*

Es ist eine spezielle Herausforderung, einen derart bekannten Nationalrat als Gegenkandidaten zu haben.

*Sie sind heute Gemeindepräsident von Glarus Süd, der flächenmässig grössten Gemeinde der Schweiz. Werden Sie auch bei einer erfolgreichen Wahl in den Ständerat weiter Gemeindepräsident bleiben?*

Ich hatte geplant, mich am 9. Februar 2014 einer Wiederwahl für eine zweite Amtsdauer als Gemeindepräsident zu stellen. In der jetzigen Phase



Thomas Hefti ist entschlossen, den FDP-Sitz von Pankraz Freitag zu verteidigen.

braucht dieses Amt volle Kraft und eine hohe Präsenz in der Gemeinde. Ich sähe mich nicht in der Lage, beide Ämter in befriedigender Weise auszuüben, und habe daher nach der Nomination als Ständeratskandidat meine Kandidatur für die Wiederwahl als Gemeindepräsident zurückgezogen.

*Angenommen, die Glarnerinnen und Glarner wählen Sie am 12. Januar zum Ständerat. Was darf die FDP vom frisch gewählten Glarner Ständerat erwarten?*

Ich würde mich dafür einsetzen, dass die Schweiz ein erfolgreiches Land bleibt, und alles daran setzen, mich würdig in die Reihe meiner freisinnigen Vorgänger einzufügen.

*Bei einer erfolgreichen Wahl würden Sie die Nachfolge des kürzlich verstorbenen Ständerats Pankraz Freitag antreten. Auch er stammte aus Glarus Süd. Was verbindet Sie mit Pankraz Freitag?*

Sicher die Herkunft aus Glarus Süd, einer Gemeinde aus dem ländlichen

alpinen Raum. Von der Ausbildung her unterscheiden wir uns. Viele Bereiche, in denen der leider viel zu früh verstorbene Pankraz Freitag Schwerpunkte setzte, wie zum Beispiel bei den Finanzen, der Wasserkraft, der Energie und in Verkehrsfragen, interessieren auch mich sehr stark.

*Vor Ihnen steht ein anstrengender Wahlkampf, Sie sind Gemeindepräsident von Glarus Süd und führen eine eigene Anwaltskanzlei. Was machen Sie als Ausgleich zu Politik und Beruf?*

Im Hinblick auf das Gemeindepräsidium habe ich die Tätigkeit im Anwaltsbüro auf ein Minimum reduziert. Zum Glück wirkt dort meine Frau. Erholung finde ich jeden Sommer im Juli im Aragón in Nordspanien, auf leider zu seltenen Wanderungen, beim Hören von Musik und beim Lesen.

*Herzlichen Dank für das Gespräch und viel Erfolg am 12. Januar 2014!*

## Hefti gegen Landolt

Am 12. Januar 2014 entscheidet sich, wer die Nachfolge des kürzlich verstorbenen Ständerats Pankraz Freitag antreten wird. Für die FDP tritt Dr. Thomas Hefti zur Wahl an. Er ist 54 Jahre alt, Gemeindepräsident von Glarus Süd, Landrat und Rechtsanwalt mit einer eigenen Kanzlei. Ebenfalls für das Amt des Glarner Ständerats kandidiert BDP-Parteipräsident und Nationalrat Martin Landolt.

Wohlstand und Arbeitsplätze

# Innovationsweltmeisterin Schweiz

Unser Land ist dank Innovation erfolgreich. Wie können wir an der Spitze bleiben?

### Liebe Parteifreunde

Kürzlich sprach ich mit Unternehmern über ihre Herausforderungen. Zur Billig-Konkurrenz aus Fernost meinte ein KMU-Vertreter: «Wir bleiben wettbewerbsfähig – solange wir immer das entscheidende Stück besser sind.»

Er traf mit wenigen Worten den Kern von Innovation: Wollen wir weiterhin trotz hoher Lohnkosten unsere Produkte erfolgreich in die ganze Welt verkaufen, müssen wir den anderen immer einen Schritt voraus sein. Kurz: Unsere Unternehmen müssen innovativer sein als die Konkurrenz.

### Vorsprung behalten

So weit, so gut. Aber: Wie bleiben wir Innovations-Weltmeister? Die Antwort auf diese Frage ist nicht einfach. Denn erstens – das sehen nicht nur wir Liberale so – «macht» nicht der Staat Innovation, sondern die Unternehmenswelt: Innovation heisst Erfolg am Markt. Zweitens ist Innovationskraft das Resultat eines ebenso bewährten wie komplexen Systems, das nicht mit ein, zwei lockeren Handgriffen verbessert werden kann.<sup>1</sup> Nun heisst das aber nicht, die Hände in den Schoss zu legen. Im Gegenteil: Wir müssen uns stets weiter verbessern. Lassen Sie mich drei Bereiche nennen.

### Bildungs- und Forschungsstandort

In der Bildungs- und Forschungslandschaft haben wir viele Trümpfe: international anerkannte eidgenössische und kantonale Hochschulen, anwendungsorientierte Fachhochschulen und eine praxisnahe duale Berufsbildung. Dieses Fundament für innovative Spitzenleistungen müssen wir so optimieren, dass auch künftig exzellente Forscher und die besten Berufsleute ausgebildet werden.

### Wirtschaftsordnung stärken

Gute wirtschaftliche Rahmenbedingungen sind wichtiger Baustein der



«Die Schweiz muss innovativer sein als die Konkurrenz», Bundesrat Schneider-Ammann will dazu optimale Bedingungen schaffen.

Innovationskraft. Unternehmen brauchen Luft für Investitionen in Forschung und Entwicklung – und dürfen deshalb den Schnauf nicht in bürokratischen Leerläufen verlieren. Mit einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik halten wir KMU und Grosskonzernen den Rücken frei.

Wer hat ausgezeichnete Ideen? Ausgezeichnete Fachkräfte! Der Mangel an solchen hoch qualifizierten Arbeitnehmenden hat sich in den letzten Jahren verschärft. Ohne die Personenfreizügigkeit mit der EU hätten unzählige Firmen neue Jobs nicht besetzen können – zwangsläufig wären Innovation, Arbeitsplätze, Steuererträge und Wertschöpfung ins Ausland «abgewandert». Deshalb will ich unsere Offenheit bewahren. Um aber gleichzeitig das Potenzial in der Schweiz besser zu nutzen, lancierte ich 2011 gemeinsam

mit den Sozialpartnern und Kantonen die Fachkräfteinitiative.

### Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft stärken

Wir wollen die wenigen direkten Instrumente der Innovationsförderung, welche der Bund besitzt, auch in Zukunft einsetzen und weiterentwickeln. Ich spreche hier von der Kommission für Technologie und Innovation (KTI). Sie fördert anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und unterstützt den Aufbau von Jungunternehmen. Sie nimmt eine wichtige Scharnierfunktion zwischen Hochschulen und Industrie für Transfer von Wissen und Technologien wahr. Weil stets die aktuell vielversprechendsten Projekte gefördert werden, laufen wir den innovativen Unternehmen nicht hinterher, sondern sind am Puls der Zeit.

Sie sehen: Innovation ist ein spannendes, vielfältiges und wichtiges Thema. Wir müssen viele Weichen richtig stellen, damit wir auch in 20 Jahren ganz in der obersten Innovations-Liga mitspielen können. So haben wir beste Aussichten, Arbeitsplätze, Perspektiven und Wohlstand in unserem Land zu halten. Unsere freisinnig-liberale Politik kann und muss dazu einen massgeblichen Beitrag leisten. Deshalb freut es mich sehr, dass die FDP kürzlich einen Katalog spannender Forderungen zur Innovation verabschiedet hat – aus Liebe zur Schweiz.

### Ihr Johann Schneider-Ammann

<sup>1</sup> Das Magazin «Die Volkswirtschaft» hat eben eine Ausgabe dem Thema «Innovation und die Rolle des Staates» gewidmet: [www.dievolkswirtschaft.ch](http://www.dievolkswirtschaft.ch)

Wintersession 2013

# Nein zu Begierden und Finanzexperimenten

Das Parlament debattiert in der Wintersession über das Budget 2014. Voraussichtlich wird eine unheilige Allianz rote Zahlen im nächsten Jahr in Kauf nehmen. Die linken Volksbegehren Mindestlohn und Einheitskasse wollen wir rasch vors Volk bringen, damit diese unsinnigen Geschäfte begraben werden können. Bei Einbürgerungsfragen verfolgt die FDP ihre harte, aber faire Linie.

**Iris Grob,**  
Fraktionssekretärin

In der Wintersession wird über das Budget für das kommende Jahr debattiert. Der Vorschlag sieht ein leicht defizitäres Budget vor, welches sich aber im Rahmen der Schuldenbremse bewegt. Die FDP steht für einen gesunden Staatshaushalt: Auch in Zukunft muss die Schuldenbremse zwingend eingehalten werden. Am Horizont drohen aber derzeit strukturelle Defizite. Umso unverständlicher ist der Widerstand gegen das Sparprogramm KAP. Damit in Zukunft wichtige Investitionen getätigt werden können, wie beispielsweise die Bildung eines Bahninfrastrukturfonds oder der Kauf von 22 Gripen, braucht es dieses unbedingt. Auch muss die Aufgabenüberprüfung endlich seriös an die Hand genommen werden. Nur dadurch können finanzielle Handlungsspielräume für wichtige Projekte geschaffen werden. Schulden machen ist für die FDP keine Option, denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.

## Mindestlohninitiative

Nach dem erfolgreichen Abstimmungskampf gegen die 1:12-Initiative sieht sich das Parlament bereits mit dem nächsten Angriff von linker Seite auf das Erfolgsmodell Schweiz konfrontiert. Ich bin überzeugt, dass nach dem Ständerat auch der Nationalrat diese schädliche Mindestlohninitiative klar zur Ablehnung empfehlen wird. Die FDP-Fraktion hat sich einstimmig dagegen positioniert und wird diese Initiative auch in einem Abstimmungskampf vehement bekämpfen. Die FDP setzt sich für den Wirtschaftsstandort Schweiz mit unserem liberalen Arbeitsmarkt ein.

## Erbschaftssteuerabkommen mit Frankreich

Der Nationalrat behandelt die Ratifizierung des Erbschaftssteuerabkommens mit Frankreich. Die FDP lehnt dieses Abkommen ab. Der Vertrag ist eine Sondergesetzgebung gegen die Schweiz, die Begehrlichkeiten anderer Staaten weckt. Das blosses Versprechen Frankreichs, in anderen Dossiers mit der Schweiz zu verhandeln, rechtfertigt die Unterzeichnung eines für die Schweiz schlechten Vertrags nicht. Wer Kniefälle gegenüber Ländern wie Frankreich macht, wird zum Selbstbedienungsladen für deren Begehrlichkeiten. Ein nicht internationalen Standards entsprechendes und die Schweiz gegenüber anderen Staaten schlechter stellendes Abkommen ohne bedeutende Gegenkonzessionen Frankreichs kann nicht angenommen werden. Die kantonalen Parteipräsidenten der FDP. Die Liberalen haben bereits einstimmig beschlossen, ein

allfälliges Kantonsreferendum zu unterstützen, sollte das Erbschaftsabkommen die Parlamentshürden wider Erwarten passieren.

## Totalrevision des Bürgerrechtsgesetzes

Hohe Wellen schlägt jeweils die Frage, wer einen Schweizer Pass erhalten soll. In diesem emotionsgeladenen Geschäft vertritt die FDP eine harte, aber faire Politik. Das einzig geltende Kriterium, ob jemand eingebürgert wird, soll eine objektive Beurteilung der Integration sein. Herkunftsland oder Nachname sind als Einbürgerungskriterium diskriminierend und werden von der FDP abgelehnt. Die FDP-Liberale Fraktion wird sich in der Differenzenbereinigung dafür einsetzen, dass sich die harte, aber faire Linie des Nationalrats durchsetzt: Die für die Gesuchstellung nötige Aufenthaltsdauer muss mindestens zehn Jahre betragen, und der Aufenthalt zwischen

dem 10. und 20. Lebensjahr darf nicht mehr doppelt angerechnet werden.

## Einheitskasse

Ein wichtiges Geschäft im Ständerat ist die Behandlung der Volksinitiative «Für eine staatliche Einheitskasse». Die SP verlangt eine Vereinheitlichung der Grundversicherungen. Die heute rund 200 Krankenkassen sollen durch eine vom Staat gesteuerte Einheitskasse ersetzt werden. Die Position der FDP ist klar: Wir lehnen das Volksbegehren ab und wollen die Initiative ohne Gegenvorschlag dem Volk zur Abstimmung vorlegen. Eine Einheitskasse widerstrebt dem liberalen Gedankengut, das den Wettbewerb als Anreizsystem anerkennt. Nur wenn sich die Krankenkassen dem Wettbewerb stellen müssen, bieten sie zu niedrigen Prämien hochwertige Produkte an. Unsere Fraktion wird auch in dieser Session unsere liberalen Werte vertreten – aus Liebe zur Schweiz.



Trotz eisiger Kälte kommt es zu heissen Debatten im Bundeshaus.

QUELLE: WWW.PARLAMENT.CH

Wahl zum Bundespräsidenten

# Grosse Ehre für Didier Burkhalter

Eine grosse Würde wird unserem Bundesrat Didier Burkhalter 2014 zuteil. Während eines Jahres wird er das Amt des Bundespräsidenten innehaben. Zweifelsohne der bisherige Höhepunkt seiner politischen Karriere.

In der Wintersession steht traditionell die Wahl des Bundespräsidenten für das folgende Jahr auf dem Programm. Turnusgemäss ist mit Didier Burkhalter ein Bundesrat der *FDP.Die Liberalen* an der Reihe. Wie üblich ist bei dieser Wahl nicht mit Überraschungen zu rechnen. Für Spannung sorgt nur die Frage, wie viele Stimmen Didier Burkhalter erhalten wird. Bei seiner hohen Popularität ist mit einem guten Ergebnis zu rechnen. Wir sind stolz darauf, den Bundespräsidenten in unseren Reihen zu haben.

## Steile Politkarriere

2003 wurde Didier Burkhalter für den Kanton Neuenburg in den Nationalrat gewählt. Nach nur einer Legislatur wechselte er in den Ständerat. Doch bereits nach zwei Jahren trat er das höchste politische Amt der Schweiz an. Am 16. September 2009 wurde er als Nachfolger von Pascal Couchepin in den Bundesrat gewählt. Nachdem er zwei Jahre im Departement des Inneren tätig war, wechselte er Anfang 2012 ins Departement des Äusseren.

Der Schweizer Aussenpolitik kommt in einer Zeit der europäischen Schulden-Turbulenzen und der rasanten Entwicklung in den Schwellenländern Asiens und Südamerikas zentrale Bedeutung zu. Bundesrat Burkhalter kann deshalb nicht nur für die Festigung des erfolgreichen bilateralen Weges der Schweiz mit der EU wichtige Arbeit leisten, sondern auch durch die Vertiefung der Beziehungen unseres Landes zu den aufstrebenden Staaten ausserhalb Europas.

Als Bundespräsident repräsentiert Didier Burkhalter während eines Jahres die Schweizer Regierung. Didier Burkhalter gilt als charismatisches Mitglied des Bundesrates. Mit seiner besonnenen Art gelingt es ihm, Brücken zu schlagen und die Schweiz in aussenpolitischen Fragen voranzubrin-



Bundesrat Didier Burkhalter mit seiner Gattin bei einem seiner vielen Staatsempfänge.

gen. Mit seinem staatsmännischen Auftreten ist er fähig, auch in schwierigen Angelegenheiten gute Lösungen

für die Schweiz zu erzielen. Die FDP schätzt sich glücklich, eine solch fähige Persönlichkeit im Bundesrat zu haben.



Christa Markwalder, Nationalrätin BE



Raphaël Comte, Ständerat NE

## Christa Markwalder wird 2016 höchste Schweizerin

Das Parlament hat ausserdem Christa Markwalder zur zweiten Vizepräsidentin des Nationalrates gewählt. Damit wird sie aller Voraussicht nach 2016 das Amt der höchsten Schweizerin übernehmen. Sie folgt damit auf Ruedi Lustenberger (CVP), der das Amt 2014 ausübt, und Stéphane Rossini (SP), der für 2015 vorgesehen ist.

## Raphaël Comte wird Ständeratspräsident

Auch die Kleine Kammer wird 2016 von einem Mitglied der FDP präsi-diert. Der 34-jährige Neuenburger wurde zum zweiten Vizepräsidenten für das kommende Jahr gewählt und wird 2016 zum Ständeratspräsidenten bestimmt.

## Altersvorsorge

# Den Generationenvertrag ins Lot bringen

**FDP.** Die Liberalen will eine sichere und nachhaltig finanzierte Altersvorsorge. Eine sinkende Geburtenrate, tiefe Zinsen und eine steigende Lebenserwartung stellen die Finanzierung der ersten beiden Säulen in Frage. Die AHV muss für den Renteneintritt der Babyboom-Generation fit gemacht werden, während im BVG die systemwidrige Umverteilung gestoppt werden muss. Die FDP will das Drei-Säulen-System der Altersvorsorge für die nächste Generation sichern.

## Felix Gutzwiller, Ständerat, Zürich

Am 20. November hat Bundesrat Alain Berset sein Projekt «Altersvorsorge 2020» in die Vernehmlassung geschickt. Es ist begrüssenswert, dass der Bundesrat die Altersvorsorge für die nächsten Generationen sichern will, doch sein Vorschlag ist einseitig auf Mehreinnahmen ausgerichtet. Die Finanzierung der AHV- und BVG-Renten ist angesichts der Herausforderungen nicht gratis zu haben. Mehreinnahmen würden für jeden Bürger bedeuten, jedes Jahr 1000 bis 2000 Franken mehr in die Sozialwerke zu bezahlen. Will die Reform jedoch eine Mehrheit finden, muss sie ausgewogen sein. In drei kritischen Bereichen muss der Bundesrat seine Reform grundlegend überarbeiten:

### Rentenalter 65 für Frau und Mann

Bei der Angleichung des Rücktrittsalters auf 65 will der Bundesrat einen erheblichen Teil der frei werdenden Mittel nicht etwa für die Stabilisierung der AHV einsetzen, sondern für Frühpensionierungen.

Aus Sicht der FDP muss die Massnahme denjenigen zugutekommen, denen ein Opfer abverlangt wird. Von der Erhöhung des Frauenrentenalters müssen die Frauen in Form einer gesicherten AHV profitieren können. Die Reform brächte der bald defizitären AHV eine Entlastung von jährlich rund 1 Milliarde Franken. Diese muss vollumfänglich der Stabilisierung der AHV dienen.

### AHV-Schuldenbremse

Bei der Schuldenbremse provoziert der Bundesrat das Parlament, indem er das Modell der IV-Schuldenbremse präsentiert. Während die Linke eine



«Die Schuldenbremse muss so rasch wie möglich eingeführt werden», Ständerat Felix Gutzwiller.

Schuldenbremse grundsätzlich ablehnt, hat sich die FDP aufgrund der Erhöhung der Lohnnebenkosten gegen dieses Modell ausgesprochen.

Die FDP fordert eine AHV-Schuldenbremse als Sicherheitsventil, welche der Politik bei einer Ablehnung der Reform mehr Zeit gibt und die Auszahlung der Renten sichert. Denkbar wären eine schrittweise Erhöhung des Rentenalters und eine moderate Erhöhung der Mehrwertsteuer. Der Bundesrat will in der Schuldenbremse eine Erhöhung der Lohnnebenkosten. Das verteuert die Arbeit und bedroht Arbeitsplätze. Das kommt für die FDP nicht in Frage.

### BVG Umwandlungssatz

Der Bundesrat schlägt eine Senkung des Mindestumwandlungssatzes im BVG vor. Damit soll die systemwidrige Umverteilung in der 2. Säule gestoppt werden. Diese beträgt gemäss einer Studie der Credit Suisse jährlich bis zu 3,5 Milliarden Franken.

Zur Kompensation schlägt der Bundesrat eine befristete Abfederung für ältere Arbeitnehmer vor, weil diese kurz vor der Pensionierung stehen und damit kaum mehr Zeit haben, um dies mit eigenen Beiträgen zu tun. Mit einem Kapitalzuschuss aus dem BVG-Sicherheitsfonds soll dies zentralistisch finanziert werden. Damit wird die systemwidrige BVG-Umverteilung gesetzlich festgeschrieben statt bekämpft.

### Angleichung des Rentenalters und Schuldenbremse priorisieren

Die Differenzen der politischen Extreme sind mittlerweile so gross, dass die Umsetzung der Altersreform eine grosse Herausforderung darstellt. Ausgangslage und Fahrplan für die grosse, umfassende Reform des Bundesrates bis 2020 sind somit riskant. Wir wollen Reformen, fordern vom Bundesrat

aber deren Absicherung. Die gesamte Reform im Jahr 2020 in Kraft zu setzen, setzt alles auf eine Karte. Die FDP will gewisse Massnahmen priorisieren, damit bei einem allfälligen Scheitern keine Schuldenberge mit Zinseszins angehäuft werden.

Prioritär müssen das Rentenalter für Männer und Frauen auf 65 festgelegt und eine Schuldenbremse eingeführt werden. Diese Massnahmen bilden ein Sicherheitsnetz für die AHV-Reform. Je früher beide Massnahmen umgesetzt werden, desto eher kann die Reform abgedeckt werden.

### Flexibles Arbeiten im Alter

Für die nachhaltige Finanzierung der AHV ist eine optimale Nutzung des inländischen Potenzials an Arbeitskräften von grosser Bedeutung. Auch im Hinblick auf den Fachkräftemangel sind optimale Rahmenbedingungen zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmer besonders wichtig.

Ein generell späteres Rücktrittsalter bedingt, dass die Wirtschaft Verantwortung übernimmt und flexible Arbeitsmodelle einführt, die im Alter eine schrittweise Reduktion der Arbeitszeit ermöglichen. Will sich die Wirtschaft weiterhin auf liberale Regelungen verlassen können, muss sie hier Eigenverantwortung übernehmen, Gemeinsinn für ihre Mitarbeitenden zeigen und sich so auch zum Standort Schweiz bekennen. Tut sie das nicht, droht linke Politik: Quoten, höhere Lohnnebenkosten und zusätzliche Steuern.



Damit der Generationenvertrag im Lot bleibt, muss die Altersvorsorge reformiert werden.

Weitere Informationen sowie die Positionspapiere finden Sie auf [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch)

Krankenversicherungs-Aufsichtsgesetz

# Bestehendes Gesetz verbessern und endlich umsetzen

Der Bundesrat verlangt in der Revision des Krankenversicherungs-Aufsichtsgesetz KVAG mehr Kompetenzen für das Bundesamt für Gesundheit. Aus Sicht der *FDP.Die Liberalen* ist der Vorschlag zu weitgreifend und schränkt den Wettbewerb ein, was zu höheren Prämien führen würde. Eine verbesserte Aufsicht verlangt gewisse Gesetzesänderungen, aber auch eine striktere Anwendung der bestehenden Gesetze.

## Bruno Pezzatti, Nationalrat, Zug

Im März behandelte der Ständerat das Bundesgesetz über die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung. Darin vorgesehen sind wesentliche Erweiterungen des aufsichtsrechtlichen Instrumentariums. Das BAG soll mit mehr Kompetenzen in der Festlegung der Prämientarife ausgestattet werden und die Kantone mehr Einsicht in die Prämiengestaltung erhalten. Weiter soll die Rückerstattung von zu viel bezahlten Prämien neu geregelt werden. Die Gesetzesrevision steht unter ähnlichen Vorzeichen wie die Revision des Finanzmarktaufsichtsgesetzes. Es geht schlussendlich darum, dass die Prämienzahler besser geschützt sind, sollte eine Krankenversicherung in finanzielle Schieflage geraten.

## Aufsicht notwendig

Bei der Debatte im Ständerat wurde deutlich, dass eine Aufsicht des Krankenversicherungsmarktes zwingend notwendig ist. Allerdings ist es problematisch, wenn die gleiche Stelle den Markt gleichzeitig reguliert und überwacht. Weiter darf die neue Regelung nicht zu grösserem Administrativaufwand führen. Es ist eines der Hauptziele der FDP, die Bürokratie so gering wie möglich zu halten und somit Kosten zu sparen, die sich in diesem Fall direkt auf die Prämienzahler auswirken. Aus diesen Gründen hat der Ständerat das Gesetz stark überarbeitet in die Gesundheitskommission des Nationalrates überwiesen.

## Verantwortung bei den Kassen

Das Ziel eines Aufsichtsgesetzes ist

die Überwachung des Wettbewerbs. Passen wir auf, dass wir nicht eine Behörde mit so vielen Kompetenzen ausstatten, dass sie den Markt dirigieren kann. Der freie Wettbewerb ist das beste Mittel für faire Prämien. Diese müssen so angesetzt werden, dass sie für den Prämienzahler gerecht sind, die Kassen allerdings nicht vor finan-

zielle Engpässe stellen. Dies regelt der Markt, das Bundesamt braucht hierfür keine neuen Instrumente.

## Der Ball liegt beim BAG

Bereits heute ist das BAG für die Aufsicht der Krankenversicherungen zuständig. Diese Tätigkeit wird allerdings nicht genügend wahrgenommen.

So lässt das BAG beispielsweise zu, dass die Kassen die Transparenzbestimmungen verletzen. Dadurch ist ein guter Prämienvergleich oft nicht möglich. Anstatt ein gigantisches Aufsichtsgesetz zu verlangen, müssten erst einmal die bestehenden Regelungen durchgesetzt werden.

## Kosten nicht abschätzbar

Die volkswirtschaftlichen Kosten, die durch das KVAG verursacht würden, sind nur schwer abzuschätzen. Der Bundesrat verzichtete auf eine ausführliche Regulierungsfolgenabschätzung. Eine Studie von Polynomics befasste sich damit und kommt zum Schluss, dass die Voraussetzung für eine Regulierungsfolgenabschätzung in diesem Fall mehr als erfüllt wären. Weiter hält die Studie fest, dass kleine Versicherer überproportional vom KVAG betroffen wären. Da die zusätzlich entstehenden Fixkosten direkt über die Prämien abgewälzt würden, ist die Anzahl der Versicherten pro Kasse für den Anstieg ausschlaggebend.

## Rückweisung ist keine Ablehnung

Die Kommission des Nationalrates schlägt vor, dieses Geschäft an den Bundesrat zurückzuweisen. Dies bedeutet nicht, dass wir die Notwendigkeit der Gesetzesänderung nicht unterstützen. Die neuen Anforderungen können allerdings in das bestehende Krankenversicherungsgesetz integriert werden. Eine massive Abspeckung der vorgeschlagenen Gesetzesänderung wäre wünschenswert. Die FDP hofft, dass sich diese Haltung auch im Nationalrat durchsetzt. Das Geschäft wird in der Wintersession behandelt.



Bruno Pezzatti: «Das BAG muss das heutige Gesetz besser umsetzen.»

## Asylreform

# Sie missachten den Volkswillen, Frau Bundesrätin!

Das Volk hat im Juni 2013 den dringlichen Bestimmungen zum Asylgesetz zugestimmt, um das Asylverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen. Anstatt die beschlossenen Massnahmen endlich umzusetzen, plant Justizministerin Sommaruga weitere unnötige Reformen, welche nur eines zum Ziel haben: die Verteuerung und Verlangsamung des Asylprozesses zu Lasten des Steuerzahlers.

**Albert Vitali,**  
Nationalrat, Luzern

Die Schweiz ist attraktiv für Flüchtlinge. Das verlangt nach einer harten, aber fairen Asylpolitik. Im Rahmen der Revision des Asylgesetzes erklärte das Parlament eine Reihe von Bestimmungen für dringlich, welchen das Volk in der Referendumsabstimmung vom 9. Juni 2013 mit über 78 Prozent zugestimmt hat. Als Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements plant Bundesrätin Sommaruga nun weitere Reformen. Dazu gehören eine unentgeltliche rechtliche Beratung und Vertretung sowie ein gesetzlicher Anspruch auf Sozialhilfe und Gesundheitsversorgung für Asylbewerber.

## Keine stärkere Verrechtlichung des Asylverfahrens

Das Bundesverwaltungsgericht kritisiert den Vorschlag einer unentgeltlichen Rechtsvertretung scharf. Es befürchtet eine «substanzielle Mehrbelastung» für die Gerichte durch einen Anstieg der Beschwerdeflut. Besonders stossend ist das Vorhaben, mündliche Instruktionsmassnahmen in den Bundeszentren durchzuführen anstatt, wie bisher, allein durch Akteneinsicht. Dies würde zu einer Verlangsamung und Verkomplizierung des Asylprozesses führen.

Schlimmer noch ist das Vorhaben der Justizministerin einer kostenlosen medizinischen Vollversorgung für Asylbewerber. Der Vorschlag ist ein Schlag ins Gesicht aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, welche nicht dasselbe Privileg geniessen. Nach Auffassung der Bundesrätin sollen unsere Bürgerinnen und Bürger



Albert Vitali, Nationalrat, Luzern

sogar noch dafür mit ihren hart verdienten Steuerabgaben bezahlen – von Gesetzes wegen!

Und nun überlegt sich Bundesrätin Sommaruga tatsächlich, das im Rahmen der beschlossenen Reformen abgeschaffte Botschafts asyl wieder einzuführen. Alles unter dem Vorwand der tragischen Ereignisse der Flüchtlingskatastrophe vor Lampedusa, wohl wissend, dass die Mehrheit dieser betroffenen Flüchtlinge aus wirt-

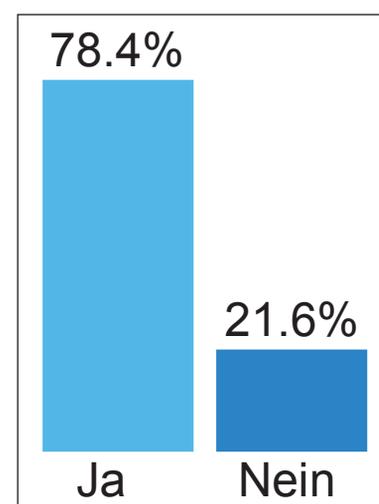
schaftlichen und nicht politischen Gründen fliehen.

## Reformitis für eine Asylindustrie auf dem Buckel der Steuerzahler

Anstatt die bereits beschlossenen Reformen konsequent umzusetzen, versteckt sich die Justizministerin hinter einer Reformitis-Strategie, welche den Asylprozess komplexer, teurer, langsamer und das bestehende Recht unüberprüfbar macht. Die im August

2012 eingeführte 48-Stunden-Regelung für Asylbewerber aus sicheren Ländern hat zu einem massiven Einbruch an Gesuchen geführt. Bereits vor einem Jahr hat die FDP deshalb gefordert, diese Regelung auch auf andere Staaten wie Tunesien auszuweiten, um diejenigen abzuschrecken, welche sowieso keine Aussicht auf Asyl in der Schweiz haben.

Die vom Volk beschlossenen Asylreformen ermöglichen eine Vereinfachung und Beschleunigung des Asylverfahrens. Sie sind geeignet, den Missbrauch im Asylwesen zu verhindern und gleichzeitig die humanitäre Tradition der Schweiz zu wahren, damit diejenigen Personen Hilfe erhalten, welche sie am dringendsten benötigen, und sicher nicht eine Gilde von Juristen und Sozialarbeitern auf dem Buckel des Steuerzahlers. Es ist an der Zeit, dass Frau Sommaruga den Willen des Volkes akzeptiert und diesen endlich in die Tat umsetzt – aus Liebe zur Schweiz.



Die Abstimmungsergebnis zur Revision des Asylgesetz war eindeutig.

Institutionelles Abkommen mit der EU

## Bilateralen Weg für Zukunft sichern

Seit die Schweizerinnen und Schweizer am 6. Dezember 1992 den EWR-Beitritt abgelehnt haben, erfolgen unsere Beziehungen mit der EU über den bilateralen Weg. Dieser hat sich bewährt. Das zeigt sich in der prosperierenden Wirtschaft und darin, dass unsere Jugendlichen leichter Arbeit finden als ihre Altersgenossen im Ausland. Das Handelsvolumen mit den EU-Staaten beträgt fast 1 Milliarde Franken pro Arbeitstag. Europa ist und bleibt damit der wichtigste Partner für die Schweiz. *FDP.Die Liberalen* unterstützt deshalb den Bundesrat in der Zielsetzung, den bilateralen Weg mit institutionellen Lösungen weiterzuentwickeln, stellt aber auch klare Bedingungen.

**Gabi Huber,**  
Nationalrätin, Uri

Der bilaterale Weg ist in den letzten Jahren steiniger geworden. Verhandlungen zu mehr Marktzugang kommen kaum voran. Die EU signalisiert, dass sie das immer komplexere Geflecht an bilateralen Abkommen, die der Schweiz die Teilnahme am Binnenmarkt gewähren, nicht mehr in der heutigen Form handhaben und eine Reihe institutioneller Fragen geklärt haben will. Ohne eine akzeptable Lösung will sie mit der Schweiz auch keine neuen Marktzugangsabkommen schliessen. Abgesehen davon, dass auch die Schweiz ein Interesse an stabilen und funktionsfähigen Abkommen haben muss, scheint also der Status Quo in unserem Verhältnis zur EU nicht mehr sehr tragfähig zu sein.

### Bilaterale als Königsweg

Die Schlüsselfrage lautet somit, ob wir unseren Wohlstand unter bestmöglicher Wahrung der Unabhängigkeit sichern oder den bilateralen Weg erodieren lassen wollen. Für Liberale dürfte die Antwort klar sein: Nichts unversucht lassen, um die Sackgasse zu umgehen! Halten wir uns dabei auch die Relationen vor Augen: Das Handelsvolumen der Schweiz mit der deutschen Nachbarregion Baden-Württemberg entspricht in etwa demjenigen mit den USA, und es ist grösser als unser Handelsvolumen mit allen BRICS-Staaten zusammen. Das Handelsvolumen der Schweiz mit den italienischen Grenzregionen übertrifft unser Handelsvolumen mit China.



«Der bilaterale Weg muss mit institutionellen Lösungen weiterentwickelt werden», Nationalrätin Gabi Huber.

Und das Handelsvolumen mit Tirol ist grösser als dasjenige mit Brasilien. Insgesamt entfallen zwei Drittel des Aussenhandels der Schweiz auf die EU-Staaten (55 Prozent der Exporte, 75 Prozent der Importe).

### Volk muss das letzte Wort haben

Die FDP begrüsst es, dass der Bundesrat die Weichen für die Zukunft stellen will und ein Verhandlungsmandat entworfen hat. Er nimmt damit seine ureigene strategische Aufgabe wahr.

Denn ohne Erneuerung des bilateralen Wegs drohen der Schweiz Wohlstandsverluste.

Den Rahmen für die Verhandlungen

**Fortsetzung auf Seite 17**

## Fortsetzung von Seite 16

gen hat der Bundesrat bereits im Juni selbst mit roten Linien abgesteckt. Die FDP ergänzt diese mit eigenen roten Linien: Das Volk muss auch künftig das letzte Wort bei der Übernahme von EU-Recht haben – ein Automatismus wäre inakzeptabel. Die flankierenden Massnahmen dürfen nicht angetastet werden. Einen Ausbau, wie ihn die Linke verlangt, lehnen wir aber ab. Zusätzlich fordert die FDP die Aufhebung der «Guillotine-Klausel» für die Bilateralen I. Im Weiteren verlangen wir als Gegenleistung, dass die Verhandlungen in den Bereichen Elektrizität und Chemikalien (REACH) endlich abgeschlossen werden und den Schweizer Finanzdienstleistern ein diskriminierungsfreier Marktzutritt gewährleistet wird.

## Umstrittene Rolle des EuGH

Die heikelste zu verhandelnde Frage betrifft die Rolle des Europäischen Gerichtshofs: Die FDP akzeptiert grundsätzlich, dass der EuGH mit der Auslegung des relevanten EU-Acquis bei Streitigkeiten zwischen den Parteien im Gemischten Ausschuss beauftragt wird. Die Umsetzung seiner Interpretation soll jedoch nur dem Gemischten Ausschuss, dem Parlament und schliesslich dem Schweizer Volk obliegen. Akzeptiert die Schweiz einen Entscheid des EuGH nicht, so darf dies nicht zur automatischen Kündigung des jeweiligen Abkommens führen. «Fremde Richter» gäbe es mit dieser Lösung gerade nicht, weil die Streitschlichtung auf politischer und nicht auf juristischer Ebene stattfinden würde. Weiter darf sich die Auslegungsfunktion des EuGH ledig-

lich auf in den Abkommen enthaltene Elemente des EU-Rechts beziehen, eine Ausweitung des bilateralen Rechts durch die Rechtsprechung des EuGH ist ausgeschlossen. Nur so kann verhindert werden, dass die Schweiz zum Beispiel die Unionsbürgerrichtlinie übernehmen muss.

## Probleme erkennen und pragmatisch lösen

Der bilaterale Weg und insbesondere die Personenfreizügigkeit schaffen Herausforderungen. Dessen ist sich die FDP bewusst. Mit konstruktiven Lösungen für den Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie für die Einwanderungspolitik wollen wir Problemen begegnen – damit der bilaterale Weg in der Bevölkerung auch in Zukunft akzeptiert wird, unserer Wirtschaft und damit uns allen nützt.

Ganz anders SP und SVP: Mit ihren Extremforderungen – namentlich dem Ausbau der flankierenden Massnahmen und der Masseneinwanderungsinitiative – gefährden die Polparteien die bewährten Bilateralen. Dabei sind und bleiben diese der beste Weg für die Schweiz – ein EU-Beitritt oder eine aussenpolitische Abschottung sind kein Thema. Dafür kämpfe ich zusammen mit der FDP – aus Liebe zur Schweiz.

Das Positionspapier «Bilateralen Weg sichern und weiterentwickeln» finden Sie unter [www.fdp.ch](http://www.fdp.ch) in der Rubrik Positionspapiere (Link «Aussenpolitik»)

Anzeige

Du willst einfach  
schneller sein?

Du kannst



Bei uns bekommst du vollen 4G-Speed  
ohne Aufpreis – mit jedem Abo.



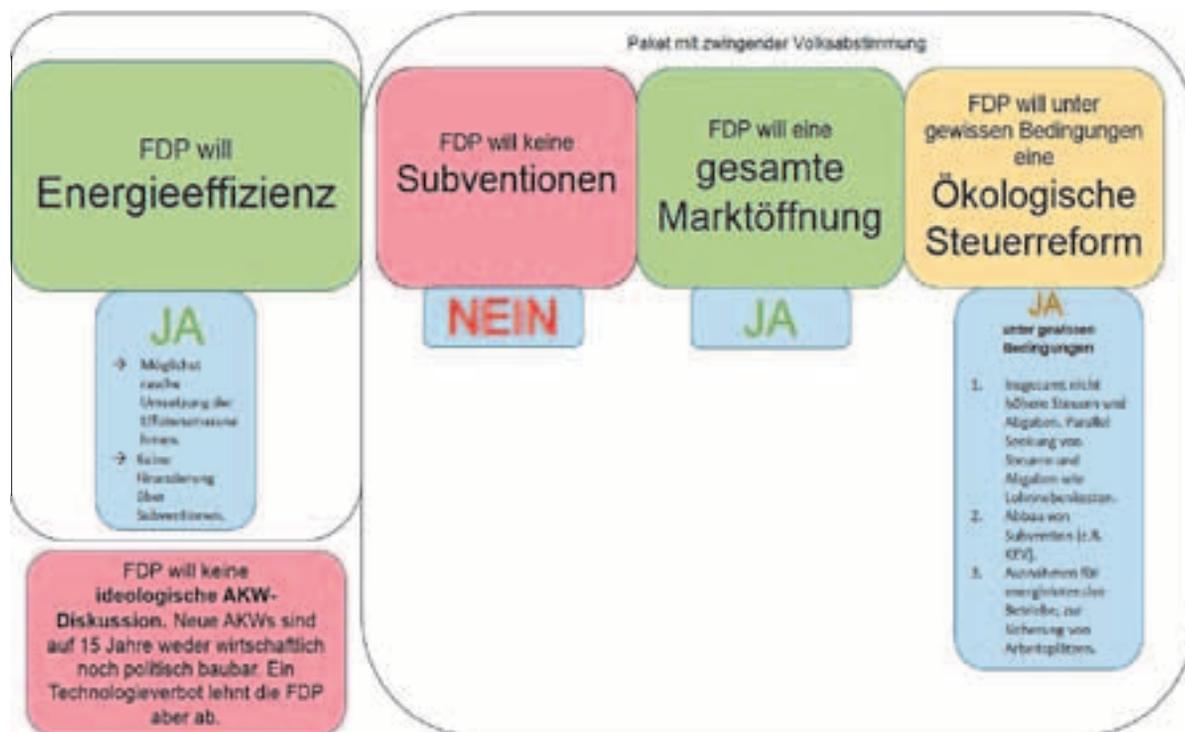
Energiapolitik

# Neue Energiapolitik

FDP. Die Liberalen hat neue Ziele in der Energiestrategie 2050 formuliert. Parteipräsident Phillip Müller erläutert im Freisinn die neue Energiapolitik der FDP. Weiter erklärt er, wie die ökonomische Steuerreform angegangen werden soll.

**Phillip Müller, Parteipräsident, Nationalrat, Aargau**

Mitte Oktober habe ich in einem Interview mit der «Sonntagszeitung» die neuen Positionen der FDP in der Energiestrategie 2050 bekannt gegeben. Das mediale Echo darauf war gross. Ich würde die Partei auf grün trimmen, so der allgemeine Tenor. Das Wort «grün» wird gerne verwendet, wenn sich eine Partei zu Ökologiefragen äussert. Meine Absichten und auch jene der Partei sind es, der FDP ein ökologisches Profil zu verpassen. Dazu wurde ich beim Besuch von Orts- und Kantonalsektionen unserer Partei immer wieder aufgefordert. Ich betrachte es als eine meiner Aufgaben, den Wunsch unserer Basis in die Parteileitung zu tragen und entsprechend zu handeln. Die Erhaltung der Umwelt und der Natur ist eine wichtige Her-



FDP-Energiapolitik: Die Energieeffizienz muss möglichst rasch umgesetzt werden. Mittelfristig muss eine gesamte Marktöffnung durchgeführt werden. Zu einer ökologischen Steuerreform sagt die FDP Ja, stellt aber Bedingungen.

## Energiestrategie 2050 Bundesrat

Der Bundesrat hält in der Energiestrategie 2050 wichtige Punkte fest.

- › Der Energie- und Stromverbrauch ist zu senken
- › Der Anteil an erneuerbaren Energien ist zu erhöhen
- › Der Strommarkt soll geöffnet werden
- › Die elektrischen Netze und Energiespeicherungen sollen um- und ausgebaut werden
- › Energieforschung ist zu verstärken
- › Bund, Kantone und Gemeinde haben Vorbildfunktion
- › Die internationale Zusammenarbeit ist zu verstärken

ausforderung der kommenden Jahrzehnte. Die FDP hat das erkannt und will ihren Teil zu einer verbesserten Umweltpolitik beitragen.

### FDP-Energiapolitik

Die FDP hält fest, dass die Energiestrategie des Bundesrates grosse Mängel aufweist. Die vorgeschlagene Reduktion des Stromverbrauchs ist unrealistisch und nicht umsetzbar. So führt beispielsweise die Elektrifizierung des Alltags zu einem höheren Stromverbrauch. Elektroautos sind umweltschonender, dadurch steigt allerdings der Strombedarf. Dieser Tatsache muss zwingend Rechnung getragen werden. Trotzdem treten wir auf das erste Paket der Energiestrategie 2050 ein. Gleichzeitig ist aus unserer Sicht eine Aufteilung des Pakets sinnvoller. So unterstützen wir die rasche Behandlung und das Vorziehen

von Effizienzmassnahmen. Effizienzsteigerung ja – eine Finanzierung über Subventionen lehnen wir aber ab. Wir fordern liberalere und marktgerechtere Ansätze wie Preissignale für den sparsameren Einsatz von Energie.

Ein zweites Paket soll erst durch die Strommarktöffnung ergänzt werden. Auch die ökologische Steuerreform ist unter gewissen Umständen Inhalt des Gesamtpaketes zur Energiestrategie 2050. Das Volk soll zwingend das letzte Wort haben und über die Energiapolitik abstimmen können.

### Ökologische Steuerreform

Eine ökologische Steuerreform will durch Lenkungsabgaben die Preise für Energie erhöhen und damit den Verbrauch senken. Diese zusätzlichen Einnahmen werden den Bürgerinnen und Bürgern vollständig zurückerstattet in Form von Steuersenkungen oder

weniger Lohnabzügen. Diese Form der Besteuerung ist für die FDP nur zu akzeptieren, wenn insgesamt nicht höhere Steuern entstehen. Sie stellt ein marktwirtschaftlich sinnvolles Instrument dar, den Energieverbrauch zu senken und so die Umwelt zu entlasten. Zur Sicherung von Arbeitsplätzen müssen für energieintensive Betriebe Ausnahmen geschaffen werden können.

### Atomenergie

Eine Diskussion über neue Atomkraftwerke in der Schweiz ist zum jetzigen Zeitpunkt obsolet. Ich weigere mich aber, ein Technologieverbot in der nuklearen Forschung zu akzeptieren. Beispielsweise die Medizin ist auf innovative Forschung angewiesen. Für den Forschungsstandort Schweiz wäre ein solches Verbot sehr schädlich.

# FABI – Für einen starken öV!

Am 9. Februar stimmen wir über die FABI-Vorlage ab. Der Waadtländer Nationalrat Olivier François erklärt, weshalb es FABI braucht und welche Bedeutung eine gute Infrastruktur für die Schweiz hat.

*Olivier François, warum braucht es FABI?*

Die Instandhaltung und der Ausbau der Bahninfrastruktur müssen über einen langen Zeitraum gewährleistet sein. FABI stellt die finanziellen Mittel des Netzes sicher und erlaubt in den nächsten 15 Jahren unverzichtbare Modernisierungsprojekte und die Einführung eines 30-Minuten-Taktes auf allen Hauptachsen.

*Welche konkreten Projekte können mit FABI realisiert werden?*

Die Bahnnetz-knotenpunkte und -engpässe werden prioritär behandelt. Weiter garantiert FABI eine Verbesserung der Verbindungen von der Ostschweiz bis zur Romandie. Dadurch werden wichtige Leistungen erbracht, die den Regionalverkehr besser an das Bahnnetz anbinden.

Das strategisch wichtigste Projekt ist zweifellos der Ausbau der Strecke Lausanne–Renens sowie des Bahnhofs Lausanne, der 2025 auch für 400 Meter lange Züge optimal nutzbar sein soll.

*Ist mit dieser Vorlage die langfristige Finanzierung der Bahninfrastruktur sichergestellt?*

Die FDP hat sich an ihrer Delegiertenversammlung im Februar 2013 in Oerlikon ohne Gegenstimme für die nachhaltige Finanzierung der Bahninfrastruktur wie auch der Verkehrsinfrastruktur ausgesprochen. Die Sicherstellung der Qualität beider Netze ist für die Schweizerinnen und Schweizer wie auch für unsere Wirtschaft von grosser Bedeutung. Deshalb muss eine langfristige Finanzierung garantiert werden können. FABI stellt die Finanzierungsstrukturen der Bahninfrastruktur sicher und berücksichtigt auch die Mehrkosten der Zukunft.

*Ist durch eine verbesserte Infrastruktur auch mit höheren Ticketpreisen zu rechnen?*



Ein Ja zu FABI garantiert auch in Zukunft eine gute Bahninfrastruktur, so Olivier François.

Die Steuerzahler leisten einen grossen Beitrag zur Finanzierung der Bahninfrastruktur. Eine vermehrt verursachergerechte Finanzierung hat einen Anstieg der Ticketpreise zur Folge, was bereits 2012 in einem ersten Schritt vollzogen wurde. Wenn der Zeitplan der Projekte und der Finanzplan eingehalten werden, ist ein zweiter Anstieg 2017 vorgesehen.

*Was wären die Konsequenzen eines Neins?*

Ein Nein zu FABI stellt die Zukunft der Bahninfrastruktur in Frage. Dadurch würde unser Bahnnetz vor finanzielle Probleme gestellt, und die Kapazität könnte nicht an die Bedürfnisse der Zeit angepasst werden. Auf alle Fälle müsste eine Lösung gefunden werden, weil der Fonds für den öffentlichen Verkehr zeitlich limitiert ist und in Kürze endet.

## Finanzierung über Bahninfrastrukturfonds (BIF)

Heute werden die Kosten für die Bahninfrastruktur von drei verschiedenen Gefässen gedeckt.

- › Aus dem ordentlichen Haushalt werden die ungedeckten Kosten des Infrastrukturbetriebs, des Unterhalts und der Abschreibungen abgegolten und die Erneuerungsinvestitionen der Infrastrukturen sowie kleinere Erweiterungsinvestitionen im Rahmen von Leistungsvereinbarungen finanziert.
- › Über den FinöV-Fonds finanziert der Bund die Eisenbahngrossprojekte NEAT, Bahn 2000, ZEB, HGV-Anschlüsse und Lärmsanierung.
- › Zudem finanziert die Eidgenossenschaft seit Anfang 2008 Infrastrukturinvestitionen für den öffentlichen Verkehr in Agglomerationen aus dem befristeten Infrastrukturfonds.

Mit dem BIF soll die Finanzierung der Bahninfrastruktur über nur ein Gefäss geregelt werden. Dies führt dazu, dass vor einem Ausbau der Substanzerhalt gesichert ist und der

Bund beim Einsatz der Gelder stärker als bisher Prioritäten aus einer Gesamtsicht setzen kann. Der BIF soll mit den bisherigen Finanzierungsquellen alimentiert werden. Er soll den befristeten FinöV-Fonds ablösen und zeitlich unbegrenzt ersetzen. Eine Ausnahme bilden dabei die Anteile der Mineralölsteuer: Diese sind befristet, bis der BIF die übernommene Verschuldung des FinöV-Fonds zurückbezahlt hat.

### Nutzen von FABI

Nur mit einer langfristig gesicherten Finanzierung kann das bereits heute sehr leistungsfähige Bahnnetz ausgebaut werden. Die gesteigerte Nachfrage nach Mobilität muss bewältigt werden können. Nur so kann das Bahnnetz als Standortvorteil für die Schweizer Wirtschaft geltend gemacht werden. Die Bahnkunden profitieren durch schnellere Verbindungen und bessere Platzverhältnisse in den Zügen.

Quelle: Bundesamt für Verkehr (BAV), 2013

Nein zur Abschottungsinitiative der SVP

# Ziel ist die Wahrung der Landesinteressen!

Der EU-Beitritt ist kein Thema, und mit den bilateralen Verträgen hat die Schweiz einen guten Weg gefunden, sich in Europa zu positionieren. Die SVP will diesen Weg nun gefährden und riskiert die aussenpolitische Abschottung der Schweiz.

**Daniela Schneeberger,**  
Nationalrätin, Basel-Landschaft

Am 9. Februar entscheidet das Schweizer Stimmvolk über die Volksinitiative der SVP «gegen Masseneinwanderung». Die Initiative ist wieder einmal typische Emotionsbewirtschaftung statt wirkliches Anpacken eines Problems. Die Zuwanderung wird bereits heute als wichtiges Thema behandelt, die bilateralen Verträge sehen Lösungen vor. Hier dürfen wir nicht der SVP folgen, sonst schütten wir das Kind mit dem Bad aus.

### Darum geht es

Die Initiative will auf Kontingente und Höchstzahlen für den Aufenthalt von Ausländerinnen und Ausländern in der



«Wir dürfen die bilateralen Verträge nicht gefährden», Nationalrätin Daniela Schneeberger.

auf 325 Millionen. Dieses enorme Wirtschaftsvolumen, das wir auch den Bilateralen zu verdanken haben, schafft Arbeitsplätze und Wohlstand. Warum sollen wir dies nun aufgeben? Damit weniger Menschen in die Schweiz kommen? Obwohl wir die tiefste Arbeitslosenquote der EU haben und ein intaktes Wirtschaftswachstum? Ich verstehe die Logik der SVP nicht – für mich ist die Initiative nicht nachvollziehbar.

### Migrationspolitik der FDP

Natürlich: Die Zuwanderung sorgt auch mich. Ich will nicht, dass immer mehr Ausländer in die Schweiz kommen und hier ein unkontrollierbarer Zustand entsteht. Die FDP hält in ihrem Faktenblatt «Ausländer und Asyl» folgende Forderungen fest:

- › Durchsetzung der schweizerischen Rechtsordnung
- › Personenfreizügigkeit mit der EU-27, damit unsere Unternehmen Fachkräfte finden
- › Familiennachzug durch schärfere Regeln beschränken
- › Strenge Einbürgerungskriterien
- › Integration fördern und fördern mit Integrationsvereinbarungen in allen Kantonen
- › Wahrung der humanitären Tradition – Missbrauch bekämpfen.

Diese Massnahmen sind viel zielführender als eine Quotenregelung. Die FDP strebt einen harten, aber fairen Weg in der Ausländerpolitik an. Es sollen nur jene in die Schweiz einwandern können, die sich integrieren und sich an unsere Kultur und Werte anpassen. Missbrauch ist mit allen Mitteln zu stoppen und auch zu bestrafen. Es sind grosse Herausforderungen, die in der Migrationspolitik auf uns zukommen werden. Packen wir sie gemeinsam an und arbeiten an guten und umsetzbaren Lösungen.

Anzeige

**Die Ortspartei FDP Kreuzlingen sucht per August 2015**

### Schulpräsident/in

für die Schulgemeinde Kreuzlingen. Vom Kindergarten bis zur dritten Sekundarstufe werden in Kreuzlingen rund 2000 Schüler/innen unterrichtet. Jährlich investiert die Schulgemeinde Kreuzlingen rund 38 Millionen in die Ausbildung ihrer Jugend.

Dem Präsidenten obliegt die strategische Führung der Schule. Es handelt sich um ein 100%-Pensum mit Wohnsitzpflicht Kreuzlingen, welches im Rahmen der kantonalen Besoldungstabelle Klasse 25 entlohnt wird. Die Wahl erfolgt durch eine Volkswahl im März 2015. Die FDP Kreuzlingen stellt den bisherigen Amtsinhaber. Ziel ist es, das Amt durch eine starke Persönlichkeit wieder zu besetzen.

Interessierte melden sich bitte mit einem Lebenslauf bis zum 28. 2. 2014 beim OP-Präsidenten [patrik.hugelshofer@filtech.ch](mailto:patrik.hugelshofer@filtech.ch).

Schweiz zurückkommen. Dabei sind die Dossiers der Personenfreizügigkeit kein isoliertes Thema. Sie sind mit vielen anderen Verträgen verknüpft – es ist ja klar, dass wir nicht einfach Rosinenpickerei betreiben können.

Die Initiative greift das Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU und damit die gesamten bilateralen Verträge direkt an – sie ist eine Abkehr von der Kooperation mit Europa. Sie zielt darauf ab, das Verhältnis zur EU in einen Konflikt zu führen. Da alle sieben Verträge der Bilateralen I miteinander verknüpft sind, könnte die Schweiz mit einem Schlag vor einem aussenpolitischen Scherbenhaufen stehen – notabene: Wir verdienen jeden zweiten Franken im Ausland ...

### Gefährdung des bilateralen Weges

Aus meiner Sicht geht es den Initianten gar nicht um die Personenfreizü-

gigkeit. In Wirklichkeit geht es ihnen darum, die bilateralen Verträge zu kündigen – das ist das wahre Ziel der SVP, sie sollte auch dazu stehen. Behauptungen, man könne die Personenfreizügigkeit neu verhandeln, sehe ich als Versuch der Desinformation. Wie realistisch ist es, dass die Personenfreizügigkeit ein Grundpfeiler der Europäischen Union ist und die EU Einschränkungen einzig für die Schweiz akzeptiert? Ausserdem ist die Schweiz auf die Personenfreizügigkeit mehr angewiesen als die EU.

Ich will nicht, dass die Schweiz das sorgfältig erarbeitete Vertragswerk aufs Spiel setzt. Wir sind mit der EU verknüpft, und diese Verknüpfung ist sehr erfolgreich. Jeder dritte Arbeitsplatz ist vom Handel mit der EU abhängig, jeden zweiten Franken erwirtschaften wir im Handel. Der Wert der exportierten Ware beläuft sich täglich

## Fristenregelung

# Nein zur Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»

Vor elf Jahren hat das Schweizer Volk der Fristenregelung mit über 70 Prozent zugestimmt. Die Kostenübernahme von Schwangerschaftsabbrüchen in deren Rahmen dieser Fristenregelung durch die Krankenversicherungen war ein fester Bestandteil der damaligen Abstimmungsvorlage. Die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache», über die wir am 9. Februar 2014 abstimmen, will nun vordergründig diesen Finanzierungsentscheid umstossen. Frauen sollen in Zukunft selber für den Eingriff aufkommen. Dabei belaufen sich heute die Kosten nur auf 0,03 Prozent der Gesamtkosten im Gesundheitswesen. Weiter hat die Schweiz bereits heute europaweit die tiefste Zahl von Schwangerschaftsabbrüchen.

**Carmen Walker Späh,**  
Präsidentin  
*FDP.Die Liberalen Frauen*

Die Fristenregelung, wie wir sie heute kennen, hat sich bewährt. Sie stellt einerseits die Information und entsprechende Beratung für Schwangere, die einen Abbruch vornehmen wollen, sicher. Dieses System stellt aber vor allem die Qualität der erforderlichen medizinischen Leistungen sicher. Die Fristenregelung sorgt für Rechtssicherheit und schafft klare Bedingungen für den straflosen Schwangerschaftsabbruch. Und dazu gehört eben auch die Kostenübernahme durch die obligatorische Krankenversicherung.

Als Vorkämpfer für eine liberale Gesellschaftsordnung sind wir dezidiert der Meinung, dass die Kosten eines straflosen Schwangerschaftsabbruches eine möglichst untergeordnete Rolle spielen sollten. Vielmehr müssen bei diesem nach wie vor schwerwiegenden Entscheid für eine Frau moralische, sozial-ethische und auch religiöse Überlegungen im Vordergrund stehen. Nur in diesem Kontext soll und muss die Frau letztlich eigenverantwortlich entscheiden, wie sie mit einer ungewollten Schwangerschaft umgehen will. Und es ist die vornehme Aufgabe der Gesellschaft, den betroffenen Frauen in diesem in jedem Fall schwierigen Prozess so gut als möglich beizustehen.



Carmen Walker Späh, Präsidentin  
*FDP.Die Liberalen Frauen*

Mit der Umsetzung dieses Volksbegehrens wird keine Senkung der Gesundheitskosten stattfinden. Die Schwangerschaftsabbrüche belasten die obligatorische Krankenversicherung mit einem Anteil von 0,03 Prozent. Mit anderen Worten: Wir sprechen hier von einer Grössenordnung, die absolut zu vernachlässigen ist. Die Initianten blenden in diesem Zusammenhang auch aus, dass die betroffenen Frauen über Franchise und Selbstbehalt bereits heute einen grossen Teil der Kosten eines Schwangerschaftsabbruchs selber tragen. Weiter wird die Verantwortung des Mannes völlig ausser Acht gelassen. Nach meinen

Kenntnissen braucht es immer noch zwei für eine Schwangerschaft, und daher ist es nur logisch, dass hier die Kosten solidarisch von der Krankenkasse übernommen werden.

Im Besonderen setzt die Initiative gesellschaftspolitisch ein völlig falsches, ja gefährliches Zeichen. Indem sie den straflosen Schwangerschaftsabbruch als etwas «Verwerfliches» stigmatisiert. Sie unterminiert damit auch den Königsweg der Fristenlösung, was nicht nur unnötig, sondern

gefährlich ist. Ich vermute, dass es den Initianten streng genommen gar nicht um Kostensenkung und dergleichen geht, sondern sie wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen und den Schwangerschaftsabbruch als solches zumindest im moralischen Sinne «kriminalisieren» und als etwas Teufliches brandmarken. Es geht um Gesellschaftspolitik respektive um die Durchsetzung von fundamentalen Moralvorstellungen und um nichts anderes.



Das Argument der Kostenreduktion bei 0,03 Prozent der Kosten im Gesundheitsbereich ist absurd! Kosteneinsparungen von 30 Rappen auf 1000 Franken sind Unsinn!

Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache

# Ein Angriff auf die Fristenregelung

Rechts-konservative Kreise verlangen, dass die Kosten für einen straffreien Schwangerschaftsabbruch nicht mehr von der obligatorischen Krankenversicherung übernommen werden. Ihre Argumentation der Kostensenkung und Verringerung der Zahl der Abbrüche ist scheinheilig und falsch. Im Kern stellt die Forderung einen Angriff auf die bewährte Fristenregelung dar, untergräbt die Gleichstellung von Mann und Frau und treibt Frauen in die Illegalität.

Die Fristenregelung ermöglicht einen straffreien Abbruch der Schwangerschaft innert zwölf Wochen. Die Kosten eines Schwangerschaftsabbruchs werden von der obligatorischen Grundversicherung übernommen. Diese Kostenübernahme existierte bereits vor Einführung der Fristenregelung. Ziel der Fristenregelung war es, die Rechtsunsicherheit in diesem Bereich zu beenden und den betroffenen Frauen die Eigenverantwortung zum Entscheid über einen Abbruch in den ersten Monaten zu überlassen. Die Fristenregelung wurde 2002 vom Volk deutlich mit 72,2 Prozent angenommen. Die im Sommer 2011 eingereichte Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» verlangt, dass die Kosten für einen Abbruch nicht mehr von der obligatorischen Grundversicherung gedeckt werden. Stattdessen sollen betroffene Frauen die Kosten selber übernehmen oder eine entsprechende Zusatzversicherung abschliessen. Die Initiative wird dem

Volk am 9. Februar 2014 zur Abstimmung vorgelegt.

### Scheinheilige und unrichtige Argumentation der Befürworter

Die Befürworter argumentieren mit einer Senkung der Gesundheitskosten und der Anzahl Schwangerschaftsabbrüche. Diese Argumentation ist scheinheilig und falsch! Erstens ist die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche in der Schweiz konstant niedrig. Gerade mal durchschnittlich 7 von 1000 Frauen haben einen solchen Eingriff pro Jahr durchgeführt. Damit verfügt die Schweiz im internationalen Vergleich über eine besonders niedrige Abbruchrate. Zweitens belaufen sich die Gesamtkosten für solche Eingriffe auf knapp 8 Millionen Franken jährlich, was gerade mal 0,03 Prozent aller Kosten der obligatorischen Krankenversicherung ausmacht. Drittens sind Fristenregelung und Kostenübernahme eng miteinander verknüpft, denn: Der Entscheid zu einem Schwanger-

schaftsabbruch soll nicht von finanziellen Kriterien abhängen. Die Kostenübernahme garantiert die medizinische Qualität des Eingriffs, indem Frauen diesen nicht im Versteckten oder im Ausland zu schlechteren Bedingungen durchführen lassen müssen.

### Angriff auf die Gleichberechtigung von Mann und Frau

Dass die Befürworter grundsätzlich gegen einen Schwangerschaftsabbruch sind, offenbarten sie in den Beratungen des Nationalrats mit folgendem Zitat von Sylvia Flückiger-Bäni (SVP): «Wir Menschen spielen uns mehr und mehr dazu auf, dem Herrgott ins Handwerk zu pfuschen.» Die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» ist bedenklich, weil sie kein Geld spart, Schwangerschaftsabbrüche in die Illegalität treibt sowie dem Grundsatz der Gleichheit widerspricht, da die Initiative Frauen finanziell benachteiligt und Männer aus

### Neue Wege in der Kampagnenfinanzierung

Bei der Kampagne gegen den Angriff auf die Fristenregelung kommt erstmals «Crowdfunding» zum Einsatz. Mit dieser Aktion werden im Internet Spenden für bestimmte Instrumente des Abstimmungskampfes gesammelt (z.B. Flyer, Plakate usw.). Die Spenderin oder der Spender bestimmt damit direkt, was mit dem gespendeten Geld geschieht. In Zusammenarbeit mit dem Komitee nimmt die FDP eine Vorreiterrolle auf diesem Feld der Finanzierung ein.

Weitere Informationen:  
[www.nein-angriff-fristenregelung.ch/de/crowdfunding.html](http://www.nein-angriff-fristenregelung.ch/de/crowdfunding.html)

ihrer Verantwortung entlässt. Deshalb lehnt die FDP diesen Angriff auf die Fristenregelung ab.



Frohes neues Jahr

# Ein bewegtes Jahr

Zum Jahresende blickt Parteipräsident Philipp Müller auf ein bewegtes 2013 zurück. Die Agenda bestimmten insbesondere folgende Themen: Migration, «Lex USA», der Gripen-Kauf, die institutionelle Weiterentwicklung mit der EU sowie der Kampf gegen die Angriffe auf den Wirtschaftsstandort Schweiz.

## Liebe Parteikolleginnen und Parteikollegen

Das Jahr 2013 zeigte eindrücklich auf, in welchem dynamischen und international verknüpften Umfeld sich die Schweiz bewegt. Die Migration bewegt die Schweizer Bevölkerung und auch die FDP-Wählerinnen und Wähler. Besonders ungünstig gestaltet sich aus Sicht der FDP die Zuwanderung aus Drittstaaten. Als Massnahme verabschiedeten wir im Mai ein Positionspapier zur Einwanderung. Nur wer sich in unserem Land integrieren will, unsere Gesetze einhält, unsere Werte respektiert und unsere Kultur achtet, soll in der Schweiz leben.

Die Migration betrifft uns ausserdem im alltäglichen Leben. Verstopfte Züge, Staus auf unseren Strassen und steigende Wohnungsmieten sind die Folge. Die FDP hat deswegen im Februar in einem «Positionspapier Infrastruktur» festgehalten, dass auf das hohe Bevölkerungswachstum reagiert werden muss.

«Mobilität so gut wie eine Schweizer Uhr» heisst der Leitsatz, mit dem die FDP die heutige Situation verbessern will. Im November haben wir dieses Konzept mit zwei Positionspapieren ergänzt: ein Plädoyer für einen liberalen Arbeitsmarkt einerseits und eines für einen nachhaltigen Wohnungsmarkt andererseits. Liberale Lösungen versprechen für unsere Zukunft den grösseren Erfolg als staatliche Eingriffe!

## Verhältnisse zur EU klären

Vergessen wir aber nicht, dass unsere Wirtschaft von der Immigration profitiert. Wir sind auf qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen. Zudem ist der Erhalt der Personenfreizügigkeit ein Garant für den Fortbe-



«Wir zählen auf Sie!», Parteipräsident Philipp Müller.

stand der bilateralen Verträge mit der EU. Unser wichtigster Handelspartner ist und bleibt die Europäische Union. Das Handelsvolumen beträgt eine Milliarde – pro Werktag! Nun gilt es neu, institutionelle Fragen zu klären und den bilateralen Weg fortzuführen respektive weiterzuentwickeln.

Zu diesem Thema haben wir klare «rote Linien» formuliert und zusätzliche Forderungen aufgestellt (siehe S. 16). Unter anderem ist entscheidend, dass die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bei wichtigen Fragen stets das letzte Wort haben.

Auch unser zweitgrösster Handelspartner, die USA, beschäftigte uns im Jahr 2013 sehr stark. Fast während der ganzen Frühlingssession stand die Frage der «Lex USA» im Zentrum. Auf wohlüberlegten und gut begründeten Antrag der FDP ging das Geschäft an den Bundesrat zurück. Denn nur dieser konnte auf der Basis des geltenden Rechts eine Lösung herbeiführen,

nachdem er allein Kenntnis der US-Programme für die Banken hatte.

## Gripen-Kauf vom Parlament besiegelt

Einen Erfolg konnte die FDP-Liberale Fraktion durch beharrliches Nachfragen beim Gripen verbuchen: Nachdem die Bedingungen der FDP für eine fristgerechte Auslieferung der 22 Kampffjets im finalen Vertrag erfüllt wurden, beschloss das Parlament in der Sommersession den Kauf. Der letzte Akt ist allerdings noch offen, da verschiedene politische Gruppierungen das Referendum ergriffen haben.

Die Gripen-Abstimmung stellt jedoch im nächsten Jahr die geringste Gefahr von linker Seite dar. Nachdem bereits 2013 brandgefährliche Initiativen das wirtschaftliche Erfolgsmodell Schweiz angegriffen haben, geht es 2014 im gleichen Stil weiter. Wir werden den Kampf für den Wohlstand und die Sicherheit der Schweizerinnen und

Schweizer auch im kommenden Jahr fortsetzen. Vor allem gegen die Mindestlohninitiative und die Initiative für ein bedingungsloses Grundeinkommen werden wir uns mit aller Kraft zur Wehr setzen!

Wir stehen heute in der Halbzeit der Legislatur 2011–2015. Es ist mein grosses Ziel, dass die FDP 2015 Sitze im Parlament dazugewinnen sowie die zwei Bundesratssitze halten kann. Jene Parteien, die die Bundesratssitze schon heute verteilen wollen und uns den zweiten Sitz im Bundesrat absprechen, scheinen zu vergessen, dass vorher noch Parlamentswahlen stattfinden. Dabei wird für uns die Mobilisierung von zentraler Bedeutung sein. Wir zählen auf Sie!

Ich wünsche Ihnen wunderschöne und entspannte Festtage und ein gutes, neues, liberales 2014.

**Ihr Parteipräsident  
Philipp Müller**

# Bilaterale nicht aufs Spiel setzen



Die Initiative «Gegen Masseneinwanderung» der SVP lässt sich nicht mit der Personenfreizügigkeit mit der EU vereinbaren. Sie gefährdet die Bilateralen Abkommen und führt zu einem europapolitischen Scherbenhaufen. Zudem: Die Initiative löst keine Problem, sondern bewirtschaftet sie nur.

- › **Unsere Wirtschaft ist auf Fachkräfte angewiesen.**
- › **Kontingente führen zu bürokratischen Leerläufen.**

**SVP-Abschottungsinitiative**

am 9. Februar  
**NEIN!**